



DOKUMENTATION
DER BÜRGERBETEILIGUNG
ZUM STADTTTEILRAHMENPLAN
FEYEN-WEISMARK

Oktober 1999

An den Arbeiten zur Bürgerbeteiligung zum Stadtteilrahmenplan Feyen-Weismark haben sich folgende Personen beteiligt:

Mitglieder der Arbeitsgruppen aus dem Stadtteil

Arbeitsgruppe Konversion

Sophia Collin
Ursula Freising
Ursula Franzen
Norbert Glieden
Brigitte Jacoby
Michael Jacoby
Detlef Jakobs
Christa Lichthardt
Ulrich Mathey
Roswitha Norta-Lanser
Ralph Schmidt
Ingrid Schubert
Dr. Bernd Steinmetz* Sprecher der Arbeitsgruppe
Ewald Thömmes
Stephan Wolf* Stellvertretender Sprecher

Mitglieder der Arbeitsgruppe Verkehr

Hans Adams
Mamadou Bah
Dr. Gottfried Bender
Ingo Hromada
Hans-Otto Junk
Karl Kufferath-Sieberin* Sprecher der Arbeitsgruppe
Rainer Lehnart
Willy Lenz
Ruth Löns
Anton Rau
Sigurd Schulz-Gerhard
Manfred Schuster stellvertretender Sprecher
Jessica Wolf

Arbeitsgruppe Soziales

Therese Greim
Michael Jacoby
Klara Köster
Walburga Leister
Michael Maxheim
Dr. Doris Reif
Helga Schneider-Gräfer* Sprecherin der Arbeitsgruppe
Sabine Schulz-Gerhard stellvertretende Sprecherin*
Wolfgang Wüst

Moderator

Prof. Hans Braun*

**Mitarbeiter der Stadtverwaltung
Amt für Stadtentwicklung und Statistik**

Toni Loosen-Bach*

Hans-Peter-Nossem*

Dr. Johannes Weinand

Gesamtkoordination

Amt für Stadtentwicklung und Statistik

unter der Leitung von:

Dr.J.Weinand

* Mitarbeit im Redaktionsteam

INHALTSVERZEICHNIS

- A** EINLEITUNG
STADTTEILRAHMENPLÄNE IN TRIER
- B** STADTTEILRAHMENPLANUNG
UND BÜRGERBETEILIGUNG
- C** BÜRGERGUTACHTEN
FEYEN-WEISMARK
- D** ABSCHLIESSENDE BEMERKUNG
AUS SICHT DES MODERATORS
- E** ANHANG

A

EINLEITUNG
STADTTEILRAHMENPLÄNE
IN TRIER



DOKUMENTATION
DER BÜRGERBETEILIGUNG
ZUM STADTTEILRAHMENPLAN
FEYEN-WEISMARCK

EINLEITUNG
STADTTEILRAHMENPLÄNE
IN TRIER

Oktober 1999

EINLEITUNG

Verstärkte Beteiligung der Bevölkerung

In den letzten Jahrzehnten wurden in der Bundesrepublik die Forderungen nach einer verstärkten Beteiligung der Bevölkerung an Entwicklungs- und Planungsprozessen ihrer Städte ständig lauter.

Waren es zu Beginn der 70er Jahre vor allem Forderungen nach gesetzlich geregelten Beteiligungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten, so wurden in den 80er Jahren besonders von Bürgerinitiativen aktivere Beteiligungsformen eingefordert. Eine Antwort auf diese Forderungen bildeten vielerorts die Einführung von Runden Tischen, Bürger-Foren etc., aber auch Formen der direkten Demokratie, wie Bürgerentscheide und Bürgerbegehren.

In der Stadt Trier wurde das Thema Bürgerbeteiligung in den letzten Jahren in verschiedenen Projekten aufgegriffen.

Stadtmarketing-Konzept "Zukunft Trier 2020"

So wird seit 1992 im Rahmen des Stadtmarketing-Konzeptes "Zukunft Trier 2020" der Versuch unternommen, die Bevölkerung verstärkt in die Entwicklung der Stadt mit einzubeziehen. An diesem Prozeß haben sich zahlreiche Personen und Institutionen aus der gesamten Stadt beteiligt und einen Handlungsleitfaden mit Leitlinien und Maßnahmen erarbeitet.

Bürgergutachten "Leitbild Tourismus 2020"

Aus diesem Stadtmarketing-Prozeß heraus wurde ein weiteres Projekt initiiert. Von 1995 bis Ende 1996 haben Trierer Bürgerinnen und Bürger in Zusammenarbeit mit der Verwaltung das Bürgergutachten "Leitbild Tourismus 2020" erstellt. Dieses Bürgergutachten zeigt Ziele für eine touristischen Entwicklung der Stadt und Maßnahmen, wie diese Ziele umgesetzt werden können, auf.

Beide Projekte bilden wichtige grundlegende Bausteine für ein zu erstellendes integratives Stadtentwicklungskonzept.

Stadtteilrahmenpläne

Weitere Bausteine stellen die Stadtteilrahmenpläne dar. Der Haupt- und Finanzausschuß der Stadt Trier hat im April 1996 beschlossen, für alle Trierer Stadtteile Rahmenpläne zu erstellen.

Eine Arbeitsgruppe aus Rat und Verwaltung legte in zwei Arbeitssitzungen am 20.05.1997 und 08.07.1997 die Zielsetzungen und Anforderungen an die Erarbeitung von Stadtteilrahmenplänen fest.

Weitestgehende Beteili- gung der Bevölkerung

Auch bei der Erarbeitung dieser Stadtteilrahmenpläne wird in Trier versucht, dem Anspruch einer weitestgehenden Beteiligung der Bevölkerung gerecht zu werden. Die Bewohnerinnen und Bewohner aus den Stadtteilen erstellen in themenorientierten Arbeitsgruppen sogenannte

“Bürgergutachten”, die eine wichtige Grundlage für die Stadtteilrahmenpläne bilden. Grundsätzlich ist die gesamte Bevölkerung eines Stadtteils zur Mitarbeit eingeladen. Das Alter, der Beruf, die Staatsangehörigkeit oder andere Auswahlkriterien spielen dabei keine Rolle.

Ganzheitlicher Ansatz

Inhaltlich versucht man in Trier einen ganzheitlichen Ansatz. Mit den Stadtteilrahmenplänen sollen Wege in eine geordnete soziale, ökonomische, städtebauliche und ökologische Entwicklung der Stadtteile aufgezeigt werden.

Modell Ruwer-Eitelsbach

Als Modell für die Stadtteilrahmenpläne in Trier wurde der Stadtteil Ruwer-Eitelsbach ausgewählt. Dort wurde im September 1997 erstmals in Trier mit der Erstellung von Stadtteilrahmenplänen begonnen. Im Februar 1999 wurde als Ergebnis der Bürgerbeteiligung in Ruwer-Eitelsbach das erste Bürgergutachten der Öffentlichkeit vorgestellt.

**Bürgergutachten
Feyen-Weismark**

Mit dieser Dokumentation wird nun ein weiteres Bürgergutachten vorgelegt, das im Stadtteil Feyen-Weismark, im Zeitraum von September 1998 bis August 1999, von der Bevölkerung erarbeitet wurde.

**Arbeitsgruppen
Konversion, Verkehr und
Soziales**

In den drei Arbeitsgruppen “Konversion”, “Verkehr” und “Soziales” wurde dort von der Bevölkerung mit viel Engagement über die speziellen Probleme des Stadtteils diskutiert, Ideen zur Gestaltung des Stadtteils gesammelt und Vorschläge und Maßnahmen zur weiteren Entwicklung erarbeitet.

Die vorliegende Dokumentation stellt insbesondere die Ergebnisse der Diskussionen in den Arbeitsgruppen dar.

Sie bildet die Grundlage für die Erstellung des Stadtteilrahmenplanes Feyen-Weismark durch die Verwaltung, der nach seiner Fertigstellung und seiner Verabschiedung im Rat der Öffentlichkeit vorgestellt werden wird und Grundlage für die künftige Entwicklung im Stadtteil sein soll.

Die Dokumentation setzt sich aus 5 Teilbereichen zusammen:

Nach der **Einleitung** im **Kapitel A** werden im **Kapitel B** die **Grundlagen** zu den Themenbereichen Stadtteilrahmenplan und Bürgerbeteiligung erläutert. Es soll verdeutlicht werden, warum das Instrument der Bürgerbeteiligung gewählt wurde und welche Bedeutung ihm gerade bei der Erstellung von Stadtteilrahmenplänen zukommt.

Das zentrale **Kapitel C** der Dokumentation bildet das **Bürgergutachten**. Es beinhaltet die Vorstellungen und Ideen der drei Arbeitsgruppen “Konversion”, “Verkehr” und “Soziales” für die zukünftige Entwicklung des Stadtteils Feyen-Weismark, sowie eine Festlegung der Prioritäten für

die Umsetzung dieser Maßnahmen. Das Bürgergutachten wurde von den Arbeitsgruppen eigenverantwortlich verfasst.

Kapitel D enthält eine **Bewertung des Verfahrens** der Bürgerbeteiligung zum Stadtteilrahmenplan Feyen-Weismark aus der Sicht des Moderators. Es werden die Erfahrungen aus der Bürgerbeteiligung in Feyen-Weismark dargestellt und daraus resultierende Vorschläge für die folgenden Stadtteilrahmenpläne formuliert.

Im Anhang im **Kapitel E** werden ergänzende Materialien (die Protokolle aller Arbeitsgruppensitzungen und der Plenumsveranstaltungen, etc.) beigefügt.

B

STADTTEILRAHMENPLANUNG
UND BÜRGERBETEILIGUNG



DOKUMENTATION
DER BÜRGERBETEILIGUNG
ZUM STADTTEILRAHMENPLAN
FEYEN-WEISMARCK

STADTTEILRAHMENPLANUNG
UND BÜRGERBETEILIGUNG

Oktober 1999

1 Das Ziel: Stadtteilrahmenplan

Entwicklungsvorstellungen der Bevölkerung

Warum wird nun die Bevölkerung eines Stadtteils aufgerufen, die Probleme in ihrem Umfeld aus ihrer Sicht darzustellen und ein Bürgergutachten zu verfassen? Die Begründung ist einfach. Nur wenn es gelingt, die Entwicklungsvorstellungen der Bevölkerung zu erfahren, und diese Bestandteil des Stadtteilrahmenplanes werden, wird dieser auch im Stadtteil eine hohe Akzeptanz erfahren. Aus diesem Grund sollen Stadtteilrahmenpläne nicht allein von Vertretern der Verwaltung erstellt werden, sondern die Meinungen und Ideen der Bevölkerung in den Stadtteilen sollen miteinfließen. Das Kernelement der Stadtteilrahmenplanung ist also die direkte Beteiligung der Bevölkerung vor Ort. Somit dient das Bürgergutachten als Grundlage für die von der Verwaltung zu erstellenden Stadtteilrahmenpläne. Der Stadtteilrahmenplan ist also das Endergebnis.

Direkte Beteiligung der Bevölkerung vor Ort

Arbeitsgruppen als Instrument der Bürgerbeteiligung

Unter der Koordination des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik erfolgte die Umsetzung der Bürgerbeteiligung zunächst in Form eines Bürgerforums, um die Bevölkerung über das Vorhaben Stadtteilrahmenplanung zu informieren und Erkenntnisse zu den spezifischen Problemen der jeweiligen Stadtteile von der Bevölkerung vor Ort zu erlangen. Auf Grundlage der wichtigsten Problemfelder wurden im Anschluß an die Diskussion Arbeitsgruppen gebildet, die das eigentliche Instrument der Bürgerbeteiligung in den Trierer Stadtteilen darstellen. Entwicklungsplanung muß hierbei als offener Prozeß verstanden werden. Wie jede andere Planung unterliegt sie kontinuierlichen Veränderungen; d.h. wenn bessere Erkenntnisse vorliegen, muß man auch zur Änderung der Planung bereit sein. Es ist deshalb notwendig, nicht alles zu verplanen, sondern auch Räume für neue Entwicklungen und Planungsideen freizuhalten. Nachfolgende Generationen denken vielleicht anders oder haben andere Erkenntnisse. Auch ihnen sind Gestaltungsspielräume einzuräumen.

Entwicklungsplanung als offener Prozeß

Stadtteilspezifische Aussagen über Entwicklungschancen und -grenzen

Mit der Erarbeitung von Stadtteilrahmenplänen versucht Trier eine neue Qualität der Stadtentwicklung zu erreichen, es sollen stadtteilspezifische Aussagen über Entwicklungschancen und -grenzen gemacht werden, auf denen im Anschluß eine gezielte städtebaulichen Entwicklung aufbauen soll.

Keine unmittelbare rechtliche Bindung

Stadtteilrahmenpläne haben keine unmittelbare rechtliche Bindung. Sie werden von der Stadt freiwillig erstellt und dienen als Entscheidungshilfen und Leitlinien für das künftige Handeln von Politikern, Verwaltung, Unternehmen, Vereinen, Verbänden und privaten Initiativen. Sie stellen folglich notwendige Orientierungshilfe zur Gestaltung der zukünftigen Entwicklung der Stadtteile dar. Der Inhalt von Stadtteilrahmenplänen umfaßt nicht allein Aspekte aus den Bereichen der Flächennutzung oder Bebauungsplanung, - in einem Flächennutzungsplan werden die langfristigen Ziele der Bodennutzung im Gemeindegebiet festgelegt, wie z.B.

Orientierungshilfe

die Nutzungszuordnung zu den Bereichen Wohnen und Arbeiten, die Verkehrsplanung, die Grünflächenplanung etc.-, sondern es werden zusätzlich auch kulturelle, stadtgestalterische oder auch ökologische Fragestellungen behandelt.

Modell Ruwer-Eitelbach

Der Stadtteil Ruwer-Eitelbach war der erste Stadtteil der in Trier untersucht wurde und ist somit als Modellversuch anzusehen. Ziel ist es, für alle Stadtteile Rahmenpläne zu erstellen. Mittlerweile wurde in drei weiteren Stadtteilen mit der Bürgerbeteiligung zu den Stadtteilrahmenplänen begonnen. Feyen-Weismark ist der zweite Stadtteil für den ein Bürgergutachten vorliegt.

2 Das Instrument: Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligung als Basis für die Erarbeitung der Stadtteilrahmenpläne

Wie im vorangegangenen Kapitel bereits erläutert, stellt die Bürgerbeteiligung die Basis bzw. den Ausgangspunkt für die Erarbeitung des jeweiligen Stadtteilrahmenplanes dar. Aus diesem Grund ist es wichtig, daß man sich nochmals vor Augen führt, was Bürgerbeteiligung eigentlich ist, welche Bedeutung ihr bei der Erstellung von Stadtteilrahmenplänen zukommt, welche Ziele mit ihr verfolgt werden und welche Vorteile für die Beteiligten daraus resultieren. Natürlich müssen auch bestimmte Bedingungen erfüllt werden, damit die Bürgerbeteiligung auch erfolgreich durchgeführt werden kann. Diese Aspekte sollen im folgenden dargestellt und erläutert werden.

2.1 Was ist Bürgerbeteiligung?

Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen

Ein Grundprinzip unseres demokratischen Systems ist die Teilhabe der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen. Dies geschieht in erster Linie durch indirekte Beteiligungsmöglichkeiten, wie beispielsweise durch Wahlen, aber auch durch direkte Beteiligungsformen, wie Bürgerentscheide und Bürgerbegehren.

Auf der lokalen Ebene gibt es neben den Kommunalwahlen unterschiedliche Beteiligungsmöglichkeiten an Entscheidungs- und Planungsvorhaben, die alle unter dem Begriff Bürgerbeteiligung zusammengefaßt werden können.

Neben den rechtlich verbindlich definierten Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen der Bauleitplanung, gibt es eine Reihe von weiteren Verfahren, die in den einzelnen Kommunen durchaus unterschiedlich gehandhabt werden. So kann die Beteiligung der Bevölkerung in Form einer Zukunftswerkstatt durchgeführt werden, bei der innerhalb einer abgeschlossenen Zeit von zwei bis vier Tagen von einer oder mehreren Gruppen spezielle problembezogene Ergebnisse erarbeitet werden, oder es können wie in Trier Arbeitsgruppen gebildet werden, die über einen längeren Zeitraum regelmäßig an der Erarbeitung eines Bürgergutachtens mitwirken. Grundsätzlich darf es aber nicht vorkommen, daß die Ver-

Grundsatz der Offenheit des Prozesses waltung und die Politik von Bürgerbeteiligung sprechen, in den Dialog einsteigen, jedoch schon getroffene Entscheidungen in der Hand halten. Bürgerbeteiligung bedeutet in diesem Zusammenhang ein erweitertes Demokratieverständnis, in dem die Beteiligung bereits auf dem Weg zur Entscheidungsfindung ansetzt.

2.2 Welche Bedeutung hat Bürgerbeteiligung bei der Erstellung von Stadtteilrahmenplänen?

Verstärkte Kommunikation zwischen Verwaltung und Bevölkerung Eine wesentliche Zielsetzung bei der Erstellung von Stadtteilrahmenplänen liegt im Erreichen einer verstärkten Kommunikation zwischen Verwaltung und Bevölkerung. Die Verwaltung braucht zur späteren Umsetzung, der in den Stadtteilrahmenplänen verfaßten Maßnahmen, eine intensive Kooperation und Kommunikation mit der Bevölkerung der Stadtteile, um deren Bedürfnisse entsprechend in die Stadtteilrahmenpläne zu integrieren. Es ist wichtig, daß in eine vorausschauende Entwicklung und Planung die Vorstellungen und Meinungen der Bevölkerung vor Ort über die Zukunft ihres Stadtteils einfließen. Aus diesem Grund ist die frühzeitige Beteiligung der Bevölkerung, d.h. vor Erstellung der Rahmenpläne, ein fester Bestandteil bei der Erarbeitung von Stadtteilrahmenplänen.

2.3 Welches Ziel hat die Bürgerbeteiligung?

Beteiligung aller sozialer Gruppierungen Bürgerbeteiligung muß das Ziel haben, daß Mitglieder aller sozialen Gruppierungen in gleicher Weise zur Mitarbeit motiviert werden, um Entscheidungen zu erreichen, die von seiten der Bevölkerung und von der Verwaltung akzeptiert werden können. Beteiligt man die Betroffenen vor Ort, d.h. plant man die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner von Anfang an mit ein und fragt nach den speziellen Problemen, ist die Chance größer, daß die folgenden Maßnahmen auf eine hohe Akzeptanz treffen, als wenn man im Nachhinein versucht, die Bevölkerung von der Notwendigkeit bestimmter Entscheidungen zu überzeugen.

2.4 Welche Vorteile hat die Bürgerbeteiligung?

Höhere Akzeptanz für politische Entscheidungen Der Aspekt der Akzeptanz ist ein großer Vorteil der Bürgerbeteiligung, eine verbesserte Abstimmung zwischen Bevölkerung und Verwaltung im Vorfeld von Entscheidungen, vermindert Konflikte, die bei allein getroffenen Entscheidungen in vielen Fällen an der Tagesordnung sind. Zusätzlich stellt die Bevölkerung im Stadtteil ein Potential dar, durch das bislang nicht bekannte Informationen erlangt werden und Erkenntnisse über neue Ideen und Vorstellungen in die Planung integriert werden können.

Ideenpotential

2.5 Welche Bedingungen muß die Bürgerbeteiligung erfüllen?

Organisatorische - und informatorische Voraussetzungen

Für eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung müssen bestimmte organisatorische und informatorische Voraussetzungen erfüllt werden. Gewisse Qualitätsstandards sollten sowohl für die Kommunikation zwischen der Verwaltung und der Bevölkerung; als auch für die Kommunikation innerhalb der Bevölkerungsgruppen gelten. Insbesondere sollte die Verständigung zwischen Bevölkerung und Verwaltung glaubwürdig und vertrauensvoll sein. Sie sollte umfassend, tolerant und verständlich sein. Das heißt, daß allen Beteiligten alle wichtigen Informationen in einer verständlichen Form zur Verfügung gestellt werden müssen. Es muß eine Abstimmung auf die wichtigsten Themen und Ziele erfolgen. Es ist durchaus sinnvoll, wenn die Kommunikation von einer konstruktiven Kritik und einer entsprechenden Streitkultur geprägt ist. Unterschiedliche Interessen sollten deutlich gemacht werden. Nur so lassen sich Konflikte rational bewerkstelligen und wenn nötig Kompromisse erzielen.

C

BÜRGERGUTACHTEN
FEYEN-WEISMARCK



DOKUMENTATION
DER BÜRGERBETEILIGUNG
ZUM STADTTTEILRAHMENPLAN
FEYEN-WEISMARCK

BÜRGERGUTACHTEN
FEYEN-WEISMARCK

Oktober 1999

INHALT BÜRGERGUTACHTEN

| | | |
|----------|---|----------|
| 1 | EINLEITUNG | 3 |
| 1.1 | Besonderheiten des Stadtteils | 3 |
| 2 | DIE ARBEITSGRUPPEN | 7 |
| 2.1 | Arbeitsgruppe Konversion | 7 |
| 2.2 | Arbeitsgruppe Verkehr | 8 |
| 2.3 | Arbeitsgruppe Soziales | 8 |
| 3 | ERGEBNISSE DER ARBEITSGRUPPEN | |
| 3.1 | Arbeitsgruppe Konversion | |
| 3.1.1 | Vorbemerkung | 9 |
| 3.1.2 | Französische Wohnsiedlung | 9 |
| 3.1.3 | Entwicklung des Gesamtstadtteils | 11 |
| 3.1.4 | Umnutzung der Kaserne Castelnau | 13 |
| 3.1.5 | Kurzfristig zu realisierende Maßnahmen | 14 |
| 3.1.6 | Übersichtskarte: Themenschwerpunkte der Arbeitsgruppe Konversion | 15 |
| 3.2 | Arbeitsgruppe Verkehr | |
| 3.2.1 | Aktuelle Situation | 16 |
| 3.2.2 | Zukünftige Situation | 16 |
| 3.2.2.1 | Durchgangsverkehr | 17 |
| 3.2.2.2 | Maßnahmen für eine bessere Umfahrung | 17 |
| 3.2.2.3 | Maßnahmen im Stadtteil | 19 |
| 3.2.3 | Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) | 22 |
| 3.2.4 | Fußgänger- und Radverkehr | 22 |
| 3.3.5 | Übersichtskarte: Themenschwerpunkte der Arbeitsgruppe Verkehr | 23 |

1 EINLEITUNG

Großes Interesse der Bevölkerung bei der Auftaktveranstaltung am 16. September 1998

Nach Ruwer-Eitelsbach war der Stadtteil Feyen-Weismark der zweite Stadtteil, in dem unter weitgehender Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ein Stadtteilrahmenplan erstellt werden sollte. Dazu wurde vom Oberbürgermeister der Stadt Trier am 16. September 1998 zu einer ersten Bürgerversammlung eingeladen. Diese Versammlung stieß auf großes Interesse bei den Bewohnerinnen und Bewohnern des Stadtteils. Dieses Interesse läßt sich zu einem großen Teil auf den grundlegenden Wandel des Stadtteils zurückführen. Der Stadtteil ist besonders durch militärisch genutzte Flächen (französische Kaserne und französisches Wohngebiet) geprägt. Die Konversion mit ihren möglichen Chancen, aber auch den damit verbundenen Verunsicherungen, wie sich alles entwickeln wird, war eine besondere Herausforderung, die sich im großen Interesse der Bevölkerung an einer Beteiligung im Rahmen des Stadtteilrahmenplanes widerspiegelte.



Blick auf Feyen-Weismark mit Kaserne Castelnau

1.1 Besonderheiten des Stadtteils

Franz. Wohnsiedlung mit ca. 500 Wohneinheiten

In diesem Zusammenhang war es auch verständlich, daß die beteiligten Bürgerinnen und Bürger der Weismark, des alten Ortskerns Feyen und des Neubaugebietes Grafschaft sich besonders für die Arbeitsthemen Soziales, Verkehr und Konversion interessierten. Nicht verwunderlich war es auch, daß vor allem zur Arbeitsgruppe Konversion einige derzeit nicht in diesem Stadtteil wohnende Bürgerinnen und Bürger hinzugestoßen sind: allein im französischen Wohngebiet Feyen wurden mit dem Abzug der französischen Streitkräfte zum 01. Juli 1999 nahezu 500 Wohneinheiten frei, was Interesse an der Mitgestaltung dieses weit-

gehend abgeschlossenen Stadtgebietes im Kern des ansonsten städtebaulich kaum verbundenen Stadtgebietes Weismark, Alt-Feyen und Grafschaft hervorrief. Charakteristisch für diesen Stadtteil ist die räumliche Gestalt in Form einer Ellipse mit einer großen Nord-Süd-Ausdehnung und die Zersplitterung in mehrere Teilgebiete: die Weismark mit der angrenzenden "Franzosen­siedlung", die sich ebenso wie das angrenzende Kasernengelände wie ein Keil zwischen die Weismark und Alt-Feyen schiebt. Alt-Feyen wiederum findet eine Fortsetzung im Neubaugebiet Grafschaft im Süden, das jedoch durch die B 268 von Alt-Feyen und dem Kasernengelände abgetrennt ist. Typisch für diesen zersplitterten Stadtteil ist, daß bis heute weder im Gesamtgebiet noch in den einzelnen Teilgebieten ein Ortszentrum vorhanden ist.

Der absehbare grundlegende Wandel durch die geplante Übergabe des französischen Wohngebietes und des großen Kasernenareals im Kern dieses Stadtgebietes mit dem Übungsgelände bis zum Mattheiser Weiher überschneidet sich mit dem Planungszeitraum der Bürgerbeteiligung, was einerseits Chancen bot - Einbezug der Bürgermeinung in dieser Phase - andererseits aber auch zu Problemen führte, da zentrale politische Entscheidungen bereits vor der Bürgerbeteiligung getroffen waren und der Einbezug in die teilweise unter Zeitdruck laufenden politischen Entscheidungsprozesse schwierig und teilweise nicht vorgesehen war.

Verzicht auf Vorkaufsrecht Städtebaulicher Vertrag zwischen Investor und Stadt

Eine besondere Dynamik entstand, als durch die Berichterstattung der Lokalzeitung Trierischer Volksfreund bekannt wurde, daß die Stadt Trier beschlossen habe, auf ihr Vorkaufsrecht der Wohnsiedlung beim Bundesvermögensamt zu verzichten. Statt dessen sollte der Verkauf der französischen Wohnsiedlung Feyen-Weismark durch das Bundesvermögensamt an einen einzigen Investor erfolgen. Die Interessen der Stadt sollten lediglich in einem städtebaulichen Vertrag mit dem Investor, nicht in Bebauungsplänen oder anderen rechtlich verbindlichen Satzungen, in denen eine Offenlegung und Beteiligung der Bevölkerung vorgesehen ist, verbindlich festgelegt werden. Durch diese Berichterstattung wurde ebenfalls deutlich, daß drei Investoren bereits ihre städtebaulichen Pläne für diesen zentralen Bereich des Stadtteiles bei der Stadt eingereicht hatten; die Pläne wurden in diesem Zusammenhang veröffentlicht. Erst durch diese Veröffentlichung konnten sich die Bürgerinnen und Bürger mit den bereits bestehenden Plänen und Absichten auseinandersetzen.

Zeitdruck durch städtebaulichen Vertrag

Wegen der zentralen politischen Bedeutung des abzuschließenden städtebaulichen Vertrages - durch den Verkauf eines so großen Wohngebietes an einen Investor bestimmt dieser Investor im Rahmen des vertraglich Festzuschreibenden **von der städtebaulichen Gestaltung über die sozialen Belange bis zur baulichen Sanierung ein sehr breites Spektrum von Veränderungen im gesamten Stadtteil** - setzte sich vor allem die Arbeitsgruppe Konversion in vielen Arbeitssitzungen unter großem Zeitdruck mit den Gestaltungswünschen der Bürgerinnen und Bürger für dieses Wohngebiet auseinander.

**Zwischenergebnisse
nach Planungsworkshop**

In einem eintägigen Planungsworkshop am 31. Januar 1999 in der Katholischen Akademie Trier erarbeiteten die drei Arbeitsgruppen ein Zwischenergebnis. Dabei wurden gemeinsame Gestaltungsvorschläge festgehalten, aber auch unterschiedliche Auffassungen zu Teilbereichen diskutiert (bspw. die unterschiedlichen Möglichkeiten, ein Stadtteilzentrum zu gestalten und zu beleben, den Einbezug der Siedlung Südblick in die Planung). Mit Blick auf den zu schließenden städtebaulichen Vertrag mit dem Investor für das französische Wohngebiet faßten die Arbeitsgruppen in der Folge aus ihren bisherigen Beratungen die Entwicklungsperspektiven und Vorschläge für das zum Verkauf anstehende Wohngebiet zusammen und machten diese Überlegungen (vgl. Anhang) dem Stadtvorstand, dem Stadtrat und dem Ortsbeirat schriftlich zugänglich, damit diese Überlegungen in den städtebaulichen Vertrag mit aufgenommen werden. Bei einer öffentlichen Bürgerversammlung am 09. März 1999, in der die Zwischenergebnisse der Arbeitsgruppen einer größeren Öffentlichkeit des Stadtteils vorgestellt wurden, wurde seitens der anwesenden Bürgerinnen und Bürger vermehrt die Frage gestellt, ob die Bürgerbeteiligung nicht nur eine "Alibifunktion" habe, wenn die weitreichenden Entscheidungen bereits ohne Bürgerbeteiligung erfolgt seien. Seitens der aktiven Arbeitsgruppenmitglieder wurde dem entgegengehalten, daß mit diesen Zwischenergebnissen und dem zu erarbeitenden Bürgergutachten die Bürgervorschläge zur Gestaltung öffentlich dokumentiert würden. So können in einem transparenten politischen Prozeß unterschiedlicher Argumente überprüft werden, wie weit die Vorschläge der Bürger berücksichtigt wurden. Als Hauptziel für die Entwicklung des Quartiers wurde festgehalten, daß ein familienfreundliches und lebendiges Wohngebiet das Zusammenwachsen der Stadtteile Feyen und Weismark ermöglichen soll. Bestehende Defizite sollten ausgeglichen und zusätzliche Belastungen der umliegenden Gebiete verhindert werden.

**Familienfreundliches und
lebendiges Zusammen-
wachsen der Ortsteile****Übereinstimmungen,
aber auch Unterschiede
zwischen Bevölkerung
und Verwaltung**

Neben der Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse mit Blick auf den städtebaulichen Vertrag wurde die öffentliche Vorstellung der Zwischenergebnisse im ganztägigen Workshop an der Katholischen Akademie vorbereitet. Auf Wunsch der Arbeitsgruppen stellte bei dieser Gelegenheit auch das Stadtplanungsamt seine Überlegungen für die weitere Entwicklung des Stadtgebietes aus städtebaulicher Sicht vor. Seitens der beteiligten Bürgerinnen und Bürger wurden die bereits bestehenden Planungsvorstellungen mit Interesse aufgenommen. Viele Aspekte deckten sich mit den bisherigen Überlegungen, einzelne Aspekte wurden unterschiedlich bewertet (bspw. die mögliche Führung einer Stadtbustrasse). Es zeigte sich, daß die Bürgerinnen und Bürger durch diese professionellen Überlegungen nicht in ihrer Kreativität gehemmt wurden und daß in Einzelpunkten die Bürgerinnen und Bürger durch ihr alltägliches Erleben im Stadtteil (bspw. Erfahrungen mit bevorzugten Fuß- und Fahrwegen) zu anderen Bewertungen kommen als externe Planer. Aus beiden Erfahrungen - des politisch schwer zu koppelnden Entscheidungsverfahrens von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern mit Bürgerwünschen, wenn diese Prozesse zeitlich parallel laufen und

**Frühzeitige Öffnung der
verschiedenen
Planungsvorstellungen
fördert Transparenz**

den unterschiedlichen Sichtweisen von Planungsexpertinnen, Planungsexperten und mit dem Gebiet vertrauten Bürgerinnen und Bürgern - wird **als *Schlußfolgerung der in der Stadtteilrahmenplanung beteiligten Bürgerinnen und Bürger in Feyen-Weismark festgehalten, daß eine frühzeitige Öffnung der verschiedenen Planungsvorstellungen einen transparenten Prozeß eher fördern als lähmen würde.*** Der Abschlußworkshop aller Arbeitsgruppen, an dem die Grundlinien für das in der Folge von einer Redaktionsgruppe aus den Arbeitsgruppensprechern zu erarbeitende Bürgergutachten festgehalten wurden, war am 28.06.1999 im Rathaus.

2 DIE ARBEITSGRUPPEN

3 Arbeitsgruppen nach Auftaktveranstaltung

Bei der Auftaktveranstaltung im September 1998 wurden von den Anwesenden Themen benannt, die für die Entwicklung des Stadtteils Feyen-Weismark als bedeutend erachtet wurden. Auf Nachfragen wurde bei dieser Veranstaltung von Seiten der Stadtverwaltung mitgeteilt, dass für diese Themenbereiche noch keine konkreten Pläne in der Verwaltung vorliegen. Anhand der genannten Themen wurden die drei Arbeitsgruppen "Konversion", "Verkehr" und "Soziales" gebildet, die sich im Zeitraum von September 1998 bis September 1999 in unterschiedlichen Abständen getroffen haben. Diese Arbeitsgruppen waren grundsätzlich für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger offen. Es wurden keine beruflichen Erfahrungen und speziellen Kenntnisse vorausgesetzt. Als Ansprechpartner innerhalb der Gruppe und für die Verwaltung wurden von den Arbeitsgruppen Sprecherinnen und Sprecher benannt, die sich zusätzlich zu den Arbeitsgruppensitzungen zu regelmäßigen Koordinationstreffen mit Vertretern der Verwaltung getroffen haben.

2.1 Arbeitsgruppe Konversion

14 Mitglieder

Arbeitschwerpunkte politisch brisant

In der Arbeitsgruppe Konversion arbeiteten insgesamt 14 Mitglieder mit. Neben der Diskussion der Entwicklung des französischen Wohngebietes wurden Entwicklungsperspektiven für den Kasernenbereich in Feyen diskutiert. In dieser Gruppe wurde besonders die politische Brisanz von Bürgerbeteiligung deutlich, weil zentrale Entscheidungen schon vorab gefällt waren (bspw. Abriß von französischer Grundschule und Neubebauung, Verkauf der gesamten Siedlung an einen Investor) und die Arbeitsgruppe viel Energie darauf verwenden mußte, über einen möglichst aktuellen Informationstand zu verfügen und gleichzeitig parallel zu laufenden Entscheidungsprozessen bei politischen Mandatsträgern eigene Planungsvorschläge zu entwickeln. Auch innerhalb der Arbeitsgruppe wurde dabei diskutiert, ob es besser sei, sich unabhängig von den politischen Planungs- und Entscheidungsprozessen zu halten und so neues, unabhängiges, kreatives Potential in die Diskussion einzubringen oder ob die eigenen Planungsüberlegungen auch bei dem damit gegebenen Zeitdruck in die öffentliche Diskussion bereits im Verlaufe des Beteiligungsprozesses als Bürgermeinung eingebracht werden sollten.

Neben den Arbeitsgruppensitzungen, zu denen anfangs schriftlich eingeladen wurde, gab es auch Ortsbegehungen sowie Planerläuterungen von städtischer Seite. Darüber hinaus wurden Fachgespräche mit den drei potentiellen Investoren für das ehemalige französische Wohngebiet, den Firmen "Aachener Siedlungs- und Wohnungs GmbH", "ruhle regiebau" und "WACO" geführt.

2.2 Arbeitsgruppe Verkehr

13 Mitglieder Die AG Verkehr umfaßt 13 Mitglieder aus allen Gebieten des Stadtteils Feyen-Weismark. Die Ergebnisse beinhalten nicht einseitige Interessen, sondern orientieren sich am Wohl des ganzen Stadtteils. Kennzeichnend war auch eine rege Beteiligung an insgesamt vierzehn Sitzungen

Keine einseitigen Interessen

Neben einer Stadtteilbegehung konnten als Referenten begrüßt werden:

Herr Scholzen (Verkehrsplaner der Stadt Trier),

Herr Kirsch (Aachener Wohnungsbau),

Herr Dietze (Baudezernent der Stadt Trier),

Herr Birkhäuer (Leiter der Verkehrsbetriebe der Stadtwerke Trier).

2.3 Arbeitsgruppe Soziales

9 Mitglieder An den Sitzungen der Arbeitsgruppe Soziales beteiligten sich regelmäßig bis zu 9 Männer und Frauen.

**Stadtteilzentrum
Kinder und Jugendliche** Schwerpunkte der Arbeit bildeten dabei die Einrichtung eines neuen Stadtteilzentrums und die Verbesserung der Infrastruktur für Kinder und Jugendliche. Als Gäste konnten der Sozialdezernent Herr Bernarding und der Stadtjugendpfleger Herr Gleim begrüßt werden.

Ab März 1999 wurden die Sitzungen der Arbeitsgruppe Soziales mit den Sitzungen der Arbeitsgruppe Konversion zusammengelegt.

3 ERGEBNISSE DER ARBEITSGRUPPEN

3.1 Arbeitsgruppe Konversion

3.1.1 Vorbemerkung

Durch den zwischenzeitlich erfolgten Verkauf des ehemaligen französischen Wohngebietes an einen Investor und die Ausformulierung eines städtebaulichen Vertrages zwischen diesem und der Stadt Trier sind Fakten geschaffen worden, bevor die Ergebnisse des Bürgergutachtens vorlagen. Da die Ergebnisse der Arbeit der Arbeitsgruppe Konversion aber letztlich das Resultat monatelanger Arbeit sind und den formulierten Bürgerwillen darstellen, dem sicherlich in unterschiedlicher Weise Rechnung getragen werden kann, werden nachfolgend alle Punkte aufgeführt, auch wenn der eine oder andere durch die Ereignisse überholt scheint.

3.1.2 Französische Wohnsiedlung

Umweltverträgliche Sanierung

Bei der ehemaligen französischen Wohnsiedlung handelt es sich um ein großes zusammenhängendes Wohngebiet, dessen Emissionen (Haustechnik, Baustoffe, etc.) in dieser Quantität von Bedeutung sind. Die Sanierung und der Umbau der Wohnungen sollten auf eine Weise erfolgen, die umweltverträglich ist und Monostrukturen in jeder Hinsicht entgegenwirkt.



Blick auf die französische Wohnsiedlung

| | |
|--|--|
| Regenerative Baustoffe | Die Sanierung sollte unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit erfolgen: Keine Verbundbaustoffe, statt dessen Verwendung regenerativer Baustoffe. |
| Zukunftsweisende Energieversorgung | Die Nutzung von Solarenergie sollte angeregt und gefördert, d.h. auf Strom als Energieträger für Heizung und Warmwasserbereitung sollte verzichtet werden. Es besteht hier die große Chance, umweltbewußte Sanierung auch modellhaft einzusetzen. |
| Möglichkeit der individuellen Sanierung | Es sollte die Möglichkeit der individuellen Sanierung geben. Durch die zur Verfügung stehenden Konversionsmittel sollten auch Wohn- und Lebensgemeinschaften gefördert werden, die ihre Projekte sonst kaum umsetzen könnten. |
| 100% Eigennutzeranteil | Der Eigennutzeranteil der Wohnungen sollte gegen 100 % gehen. |
| Generationenübergreifendes Wohnen | Die Wohnungsgrößen sollten generationenübergreifendes Wohnen ermöglichen, d.h. es sollte ein ausgewogenes Verhältnis von kleinen, mittleren und großen Wohnungen geben. Auch die jeweilige Lage (EG., OG.) ist zu berücksichtigen. Der Anteil der barrierefreien Wohnungen sollte mindestens den Vorgaben der novellierten Landesbauordnung entsprechen. |
| Barrierefreie Wohnungen | |
| Neue Formen der Eigentumsbildung | Wenigstens 10% der Wohnfläche sollte für neue Formen der Eigentumsbildung (z.B. Eigentümergemeinschaften) reserviert werden. |
| Keine Verdichtung der Freiflächen | Keine Verdichtung in den derzeitigen Freiflächen durch zusätzliche Bebauung. Neubau nur in Bereichen, in denen Bestand abgerissen wird (z.B. Panzerwerkstatt). |
| Erhalt und freier Zugang zu den Grünflächen | Die Wohnsiedlung wird durch ein ausgewogenes Verhältnis von Freiflächen und Wohnbebauung geprägt, das unbedingt zu erhalten ist. Dies gilt ebenso für den freien Zugang zu den Grünflächen. |



Grünfläche zwischen den Wohnblocks in der französischen Wohnsiedlung

Erhalt des Baum-bestandes Der bestehende Baumbestand soll erhalten bleiben

**Vorläufige Erhaltung der
„Ecole maternelle et
primaire“**

Erhaltung der „Ecole maternelle et primaire“ bis die Versorgung auch der Neubürger (ca. 450 Wohneinheiten 1. Phase, 600 Wohneinheiten als Zielvorstellung) mit Kindergartenplätzen/Grundschule sichergestellt ist. Es ist sinnvoll, daß diese Einrichtungen von den Kindern zu Fuß problemlos erreicht werden können, diese also zentral gelegen sind, auch um überflüssigen Kfz-Verkehr zu vermeiden.

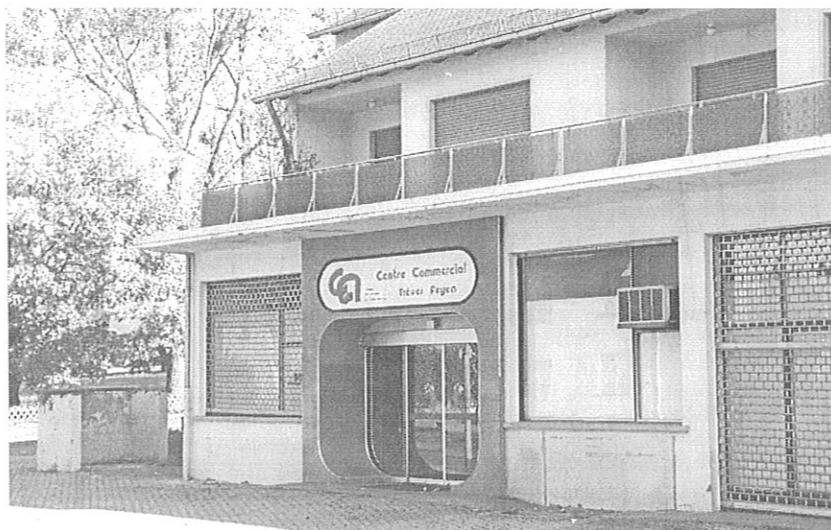


ehemalige französische Schule "Ecole maternelle"

3.1.3 Entwicklung des Gesamtstadtteils

**Aufbau einer
Nahversorgung**

Aufbau einer Nahversorgung, z.B. im ehemaligen „Economat“. Für die kleinen Einkäufe oder die Menschen, die zum Einkaufen weitgehend auf den PKW verzichten wollen, sowohl im Konversionsgebiet/Siedlung als auch im Bereich der Weismark, ist eine zentral gelegene und zu Fuß erreichbare Einkaufsmöglichkeit, wie sie bisher in Form des „Economat“



ehemaliges französisches Einkaufszentrum "Economat"

bestand, sinnvoll. Diese wäre als Ergänzung zu den bestehenden Geschäften an der alten "Pellinger Straße" und in der Grafschaft zu sehen, die ebenfalls vorwiegend das direkte Umfeld bedienen.

Fuß- und Fahrradwege

Bei der Entwicklung des Konversionsgebietes bzw. des gesamten Stadtteils Feyen-Weismark sollte darauf geachtet werden, daß entsprechend der langgezogenen, elliptischen Form des Gebietes eine auch für Kinder gefahrlose fußläufige bzw. Fahrrad-Verbindung von der Weismark zum Kindergarten "St. Valerius", zur Schule im "Estricher Weg", weiter in die Grafschaft und bis zum AWO- Kindergarten entsteht. Die Voraussetzungen dafür wären im Verkehrskonzept für die ehemalige französische Wohnsiedlung, eine Verkehrsberuhigung im Bereich Kindergarten "St. Valerius" und durch eine teilweise Schließung der stark befahrenen alten "Pellinger Straße" zu schaffen. (vergl. dazu auch die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Verkehr).

Mattheiser Wald als Naherholungsgebiet

Nach Abzug der Französischen Streitkräfte sollte der bisher militärisch genutzte Mattheiser Wald für die Bevölkerung als Naherholungsgebiet geöffnet und bezeichnet werden. Dazu wären Zugänge auch aus dem Stadtteil heraus zu schaffen, d.h. durch das Konversionsgebiet.



Blick auf den Mattheiser Wald

Renaturierung, keine gewerbliche Nutzung

Die militärische Infrastruktur innerhalb des Mattheiser Waldes sollte zurückgebaut werden, bis auf die Bereiche, die sich für reine Freizeitnutzung eignen (Sport, Picknic etc.). D.h. Renaturierung und keine gewerbliche Nutzung. Eine eventuell vorzusehende Bebauung sollte über die bereits vorhandenen und bebauten Terrassen nicht hinausgehen. Dabei sollten die stadtklimatischen Voraussetzungen und Konsequenzen beachtet werden, d.h. allenfalls lockere Bebauung.

**Bebauungsplan vor
Zwischennutzung**

Für den militärischen Teil des Konversionsgebietes sollte vor einer eventuellen Zwischen- oder Teilnutzung ein Bebauungsplan erstellt werden, um eine sinnvolle Stadtentwicklung vor einer kurzfristigen rein kommerziellen Vermarktung sicherzustellen und um zu verhindern, daß, wie im Fall der Wohnsiedlung, durch das Bundesvermögensamt nicht mehr umkehrbare Fakten geschaffen werden.

**Neue Baugebiete nur in
Konversionsgebieten**

Bezogen auf das gesamte Trierer Stadtgebiet sollten alle Stadterweiterungen und Ausweisungen neuer Baugebiete, d.h. weiterer Landverbrauch, unbedingt solange zurückgestellt werden, bis alle Konversionsgebiete - also auch Feyen - zur Gänze sinnvoll umgenutzt sind.

3.1.4 Umnutzung der Kaserne Castelnau

Die Umnutzung des Konversionsgebietes Castelnau sollte vom Ortsteil Alt-Feyen aus beginnen und sich als erster Abschnitt bis zur neu zu schaffenden Straßenverbindung vom "Römersprudel" über den "Pfahlweiher" zur "Scheffelstraße" erstrecken.

**Stadtteilzentrum
vordringliches Ziel**

Vordringliches Ziel der städtebaulichen Entwicklung sollte es sein, in diesem Dreieck ein Stadtteilzentrum zu schaffen, das die vielen vorhandenen Defizite auszugleichen hilft:

- Gestaltete öffentliche Freifläche für Anlässe aller Art,
- Ansiedlung von Geschäften, Praxen/Apotheke, sonstige Dienstleistungen, Büros, etc.,
- Soziale Einrichtungen wie ein Bürgerhaus für Vereine, Jugendarbeit, Kindergarten, Volkshochschule etc. (vergl. dazu auch die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Soziales),
- Gastronomie (Cafe, Wein-/Biergarten, Restaurant, etc.),
- Wochenmarkt.

**Vorabnutzung
für Jugendarbeit**

Dieses Zentrum könnte auch durch einen der zahlreichen Trierer Investoren erstellt werden, der möglicherweise in einem Wettbewerb ermittelt wird. An den Randbereichen des Konversionsgebietes wären einige geeignete Gebäude, wie z.B. die Sporthalle und ein benachbartes Gebäude an der Straße "Am Pfahlweiher", für Jugendarbeit etc. oder das ehemalige Kasino an der alten "Pellinger Straße" für gastronomische Nutzung relativ einfach aus dem Gebiet herauszulösen und vorab zu nutzen.

**Erweiterungsmöglichkeit
für Handwerksbetriebe**

Grundsätzlich wird auch eine Erweiterung der im Ortsteil bestehenden Handwerksbetriebe oder eine Neuansiedlung befürwortet, soweit sie mit den o.a. öffentlichen Belangen verträglich ist.

3.1.5 Kurzfristig zu realisierende Maßnahmen

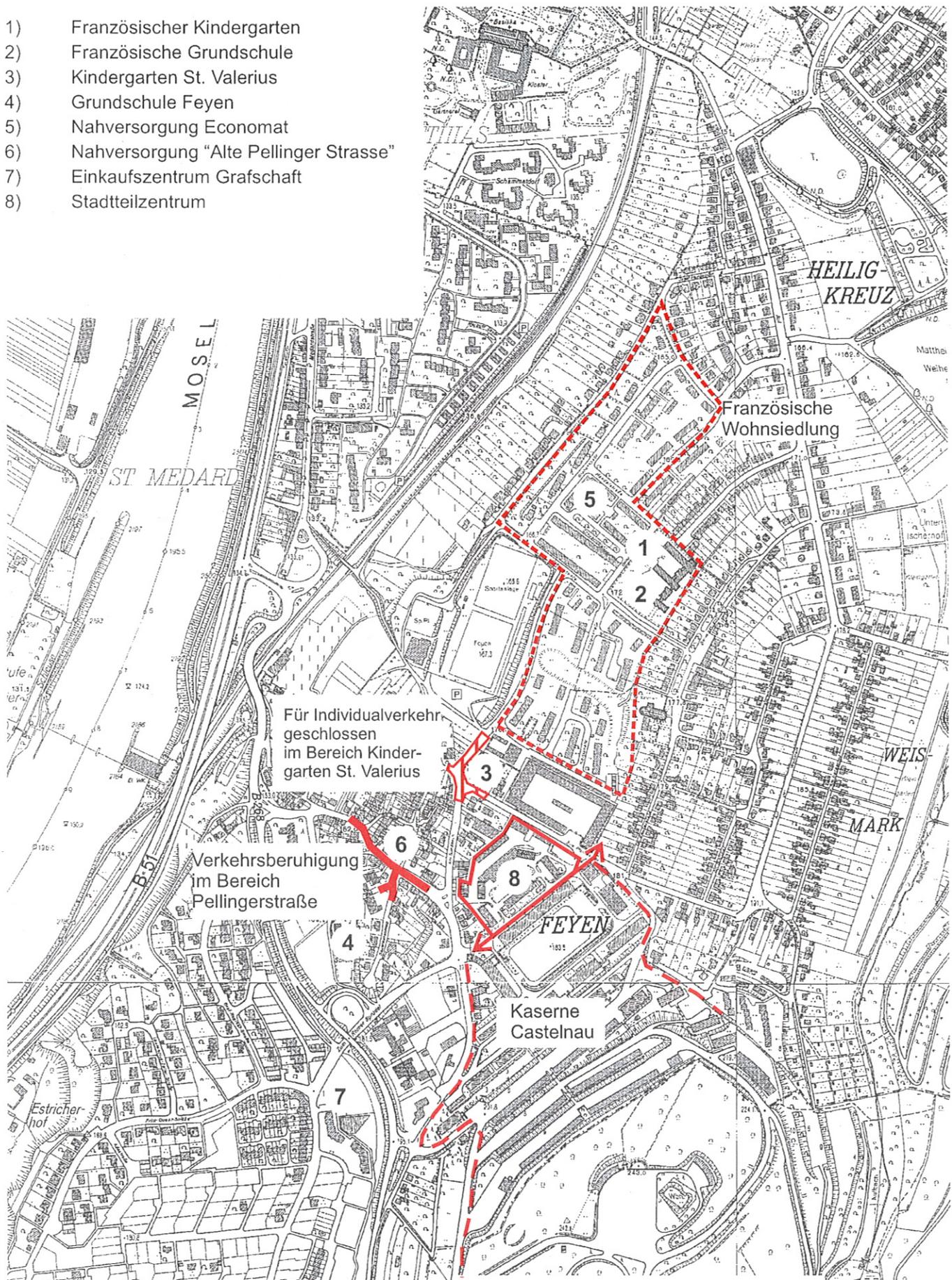
Gleichzeitiger Beginn mit Sanierungsmaßnahmen

Von zentraler Bedeutung für den Stadtteil ist, daß mit Maßnahmen im Konversionsgebiet vor oder zumindest gleichzeitig mit der Investoren-tätigkeit im ehemaligen französischen Wohngebiet begonnen wird:

- Abriß (zumindest teilweise) der Panzerwerkstatt,
- Herstellen der neuen Zufahrt vom "Römersprudel" durch das Kasernengelände und die Panzerwerkstatt zur "Scheffelstraße" und damit zu den Baustellen,
- Verkehrsberuhigung im Bereich des Kindergartens "St. Valerius" durch Schließen der Ecke "Am Sandbach"/ "Am Pfahlweiher",
- Abriß der baufälligen Gebäude im Bereich des geplanten Stadtteil-zentrums, öffnen des Bereiches und Beginn der Diskussion über Form und Inhalte einer neuen Bebauung, evtl. durch Wettbewerbe (Architekten, Studenten, Investoren),
- Schaffen von Zugängen zum Mattheiser Wald als kurze, fußläufige Verbindungen aus dem Stadtteil (also auch durch das Kasernengelände).

3.1.6 Themenschwerpunkte der Arbeitsgruppe Konversion

- 1) Französischer Kindergarten
- 2) Französische Grundschule
- 3) Kindergarten St. Valerius
- 4) Grundschule Feyen
- 5) Nahversorgung Economat
- 6) Nahversorgung "Alte Pellingner Strasse"
- 7) Einkaufszentrum Grafenschaft
- 8) Stadtteilzentrum



3.2 Arbeitsgruppe Verkehr

3.2.1 Aktuelle Situation:

| | |
|--|---|
| Gehobene bis hohe Wohnqualität | Der Stadtteil Feyen-Weismark wird geprägt durch eine überwiegend gehobene bis hohe Wohnqualität mit einem hohen Anteil an Grünflächen. Begrenzt wird er von der Bahnlinie Trier-Konz und dem Naherholungsgebiet Mattheiser Weiher/ Pfahlweiher/ Mattheiser Wald/ Römersprudel. |
| | <u>jedoch:</u> |
| Trennwirkung der B 268 | 1. B 268 trennt den südlichen Teil ab (Grafschaft). |
| Hohe Verkehrsbelastungen | 2. Morgens und nachmittags hohe Belastung der Verbindung "Alte Pellingener Straße", "Am Sandbach", "Zum Pfahlweiher", "Auf der Weismark" durch überörtlichen Durchgangsverkehr aus Richtung Zerf bzw. Konz sowie durch Verkehr aus Richtung Grafschaft, da diese Verbindung Abkürzung/ Alternative zur Moseluferstraße darstellt. |
| Belastungsgrenze erreicht | 3. Bereits jetzt ist zu den Hauptverkehrszeiten die Belastungsgrenze "Auf der Weismark" erreicht und besonders für die vielen älteren Einwohner eine Überquerung der Straße sehr schwer |
| Keine innerörtliche ÖPNV-Verbindung | 4. Eine innerörtliche ÖPNV-Verbindung (innerhalb des Stadtteils), die die Weismark mit Alt-Feyen und der Grafschaft verbindet, besteht außer in den Abendstunden nicht. |

3.2.2 Zukünftige Situation (ohne entsprechende Maßnahmen)

| | |
|--|--|
| Zusätzliches Verkehrsaufkommen durch neue Einwohner | Neue Einwohner in der Franzosensiedlung (450 Wohneinheiten in bestehenden Gebäuden + 150 zusätzliche Wohnungen auf dem Gebiet der frz. Schule und der Panzerwerkstatt), die Nutzung des Kasernengeländes als neues Ortszentrum/Gewerbegebiet sowie eine Wohnbebauung im oberen Teil des Kasernengeländes führen zu einem erheblichen <u>zusätzlichen</u> , nicht vermeidbaren Verkehrsaufkommen (Quell- und Zielverkehr) zu Lasten der bereits ansässigen Einwohner. |
|--|--|

Zielsetzung:

Bereits nach wenigen Sitzungen der AG Verkehr ergab sich folgende Zielvorgabe:

Keine höhere Verkehrsbelastung

Der Status Quo bei der Verkehrsbelastung darf auf keinen Fall zum Negativen verändert werden.

Verringerung des Durchgangs- und des innerörtlichen Verkehrs

Die Gruppe mußte daher nach Wegen suchen, wie der durch die Veränderungen (siehe "Zukünftige Situation") entstehende zusätzliche Verkehr durch verschiedene Maßnahmen reduziert werden kann, z.B. durch ein Weniger an Durchgangsverkehr, aber auch an innerörtlichem Verkehr, so daß die Verkehrsbelastung gegenüber der heutigen Situation zumindest gleichbleibt.

3.2.2.1 Durchgangsverkehr:

Attraktivere Umfahrung des Stadtteils

Der Durchgangsverkehr soll nach Möglichkeit stark reduziert werden und den Stadtteil umfahren. Daher muß die Umfahrung von Feyen-Weismark attraktiver gemacht und gleichzeitig die Durchfahrt erschwert werden.

3.2.2.2 Maßnahmen für bessere Umfahrung

Anmerkung.:

Die einzige Umfahrungsmöglichkeit (aus Richtung Süden gesehen) stellt die Verbindung über die Moseluferstraße Richtung Innenstadt bzw. Richtung Heiligkreuz/Ostallee über die Aulbrücke/Aulstraße/ Arnulfstraße und Straßburger Allee dar.

Rechtsabbiegerspur

- Zweite Rechtsabbiegerspur an der Einmündung der B 268 in die Moseluferstraße zur Rückstauverhinderung.



Einmündung B 268 "Pellinger Straße" in die B 51 "Pacelliufer"

**Ausbau der Ausfahrt
in Höhe Konrad-
Adenauer-Brücke**

- Ausbau der Ausfahrt in Höhe Konrad-Adenauer-Brücke mit besserer Anbindung in Richtung Aulbrücke (hier kommt es zu Hauptverkehrszeiten ebenfalls immer zu einem Rückstau!); ebenso kann hier vielleicht die Grünphase für die Linksabbieger (Verkehr über die Konrad-Adenauer-Brücke) verlängert werden, da diese bei Rückstau den Rechtsabbiegeverkehr behindern. Direkt vor der Ampel ist Platz für zwei Linksabbiegerspuren, jedoch fehlt eine entsprechende Fahrbahnmarkierung

**Beseitigung des
Nadelöhrs Aulbrücke**

- Beseitigung des Nadelöhrs Aulbrücke durch Verbreiterung bzw. Neubau.

**Querspange von der
Aulbrücke Richtung
Straßburger Allee**

Herstellung einer Querspange von der Aulbrücke Richtung Straßburger Allee unterhalb des Mattheiser Weihers; diese Verbindung (aus Richtung Konrad-Adenauer-Brücke zur Straßburger Allee, ist laut Verkehrsplanung der Stadt eine Hauptverkehrsachse und sollte dies laut Meinung der AG Verkehr auch werden) die Straße "Auf der Weismark" soll nicht mehr Vorfahrtstraße sein, sondern "angehängt" werden.



Kreuzungsbereich "Auf der Weismark" und "Arnulfstraße"

3.2.2.3 Maßnahmen im Stadtteil

Anmerkung.:

Alle Maßnahmen, die den motorisierten Verkehr im Stadtteil beeinflussen, müssen so angelegt sein, daß

- Durchgangsverkehr abhalten** • der Durchgangsverkehr abgehalten wird,
- Verkehrsfluß gewähren** • jedoch der Verkehrsfluß innerhalb noch gewährleistet bleibt,
- Keine Mehrbelastung** • niemand gegenüber der heutigen Situation stärker belastet wird (dies gilt insbesondere für die Einwohner rund um die Franzosensiedlung und um das Kasernengelände).
- Flächendeckende Tempo 30-Zone** • Aus Sicht der Arbeitsgruppe Verkehr soll der gesamte Stadtteil Feyen-Weismark als **Wohngebiet mit Tempo 30-Zone** ausgewiesen werden. Dies soll durch entsprechende verkehrspolitische Maßnahmen unterstützt werden.
- Südanbindung über B 268** • Die Anbindung erfolgt im Süden über die Ausfahrt Feyen von der B 268 und über die Straße "Zum Römersprudel".
- Rückbau der alten "Pellinger Straße"** • Ein Rückbau der alten "Pellinger Straße" in Alt-Feyen wäre möglich; evtl. mit eigener Busspur.



alte "Pellinger Straße" im Bereich Alt Feyen

Straßenneubau durch Kasernengelände

- Zur Erschließung des Kasernengeländes (geplantes Ortszentrum im Kasernendreieck zwischen alter "Pellinger Straße", Gebiet "Am Sandbach" und "Zum Pfahlweiher" wird die Straße "Zum Römersprudel" durch das Kasernengelände bis "Zum Pfahlweiher" verlängert (Durchstich).



mögliche Verbindung zwischen "Zum Römersprudel" und "Zum Pfahlweiher"

Sperrung der Clara-Viebig-Straße

- Die Straße "Am Sandbach" wird zur Sackgasse mit Zufahrt von der alten "Pellinger Straße"; dazu wird der untere Teil von "Zum Pfahlweiher" aufgegeben und somit eine Verbindung (Fuß- und Radweg) zwischen Sportplatz/St. Valerius-Kindergarten und geplantem Zentrum geschaffen; ebenso wird die "Clara-Viebig-Straße" auf Höhe Kindergarten /Heizkraftwerk gesperrt'.

Straßenverbindung über das Gelände der Panzerwerkstatt

- Um den Sportplatz und das umliegende Gebiet weiterhin erreichen zu können, soll am Ende des Durchstichs eine Verbindung über das Gelände der Panzerwerkstatt zur "Scheffelstraße" und damit zur "Clara-Viebig-Straße" geschaffen werden. Diese neue Verbindung würde die Funktion der Straße "Am Sandbach" zur Erschließung der Franzosensiedlung übernehmen.

Kreisverkehr

- Vor und nach dem geplanten Durchstich durch das Kasernendreieck (Ortszentrum) ist jeweils ein Kreisverkehr vorgesehen.

- Keine Mehrbelastung durch Straßenumbau**
- Wichtig:**
Der Umbau der Straßen innerhalb der Franzosensiedlung darf nicht so erfolgen, daß er eine noch stärkere Belastung der Straßen "Zum Pfahlweiher" und "Auf der Weismark" zur Folge hat.
- Durchlässigkeit erhalten**
- Das Maß an "Durchlässigkeit", wie es heute über die "Clara-Viebig-Straße" besteht, muß auch weiterhin gewährleistet sein.
- Keine weitere Verbindung der B 268 durch die Kaserne oder den Mattheiser Wald**
- Eine weitere Verbindung aus Richtung B 268 durch das Kasernengelände zur Weismark oder gar eine Verbindung durch den Mattheiser Wald, die in die Straße "Auf der Weismark" münden würde, wird kategorisch abgelehnt.
- Vielmehr soll der obere Kasernenbereich zu einem kleinen Teil über den "Dr. Piro Weg" (Arrondierung um den "Südblick") und "Zum Pfahlweiher", zum größeren Teil aber über die alte "Pellinger Straße" erschlossen werden.
- Kreisverkehr im Bereich der Endhaltestelle der Linie 3**
- Die Situation im Bereich der Endhaltestelle der Linie 3 "Auf der Weismark"/"Zum Pfahlweiher" ist äußerst unbefriedigend (gefährliche Kurve). Hier sollte ebenfalls ein Kreisverkehr eingerichtet werden, evtl. mit einer "Insel" in der Mitte als Bushaltestelle.
- Rückbau der Straße "Auf der Weismark"**
- Die Straße "Auf der Weismark" verleitet aufgrund des geraden Verlaufs zur Raserei; hier sollten wechselseitig Parkbuchten angelegt werden und auch einige Fußgängerüberwege, verbunden mit entsprechender Verringerung der Straßenbreite.



breit ausgebauter Straße "Auf der Weismark"

Änderung der Vorfahrtsregelung

- Die Straße "Auf der Weismark" darf auf Höhe Café am Weiher nicht mehr Vorfahrtstraße sein, sondern muß als Nebenstraße angehängt werden (siehe auch Umfahrung/Querspange).

3.2.3 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Momentan wird Feyen-Weismark durch die Buslinie 3 erschlossen. Diese verzweigt sich auf Höhe St. Matthias und erschließt das Gebiet Weismark, die andere Strecke Alt-Feyen und die Grafschaft.

2 Regionalbahnhaltepunkte am Rande

Die geplante Regionalbahn berührt den Stadtteil Feyen-Weismark mit den Haltepunkten "Medard" im Süden und "Aulstraße" im Norden nur ganz am Rande. Außerdem ist der Stadtteil durch ein Hanggelände von der Bahnlinie getrennt. Der Konflikt zwischen Bahn und Bus (gemeint ist hier der Parallelverkehr beider Verkehrsmittel) besteht daher nach Meinung der AG Verkehr nicht!

Eine Verbindung innerhalb des Stadtteils von der Grafschaft im Süden bis zur Weismark im Norden fehlt (ausgenommen Nachtverkehr).

Durchbindung der Linie 3 bis zur Grafschaft

Die AG Verkehr fordert daher eine durchgehende Linienführung ausgehend von der jetzigen Endhaltestelle der Linie 3 "Auf der Weismark"/"Zum Pfahlweiher" durch das neue Ortszentrum in Richtung Alt-Feyen/Grafschaft.

Nur dadurch wäre eine einfache Erreichbarkeit aller Stadtteilgebiete mit dem ÖPNV gewährleistet, insbesondere neues Ortszentrum, Gebiet um den Mattheiser Weiher, Römersprudel.

Möglichkeit der Linienführung durch franz. Wohnsiedlung erhalten

Die Möglichkeit einer Linienführung durch die Franzosensiedlung muß auf jeden Fall offengehalten werden und darf nicht durch bauliche Maßnahmen behindert werden. Schon jetzt sollte diese Linienführung festgelegt werden, um ggf. bauliche Maßnahmen durchführen zu können.

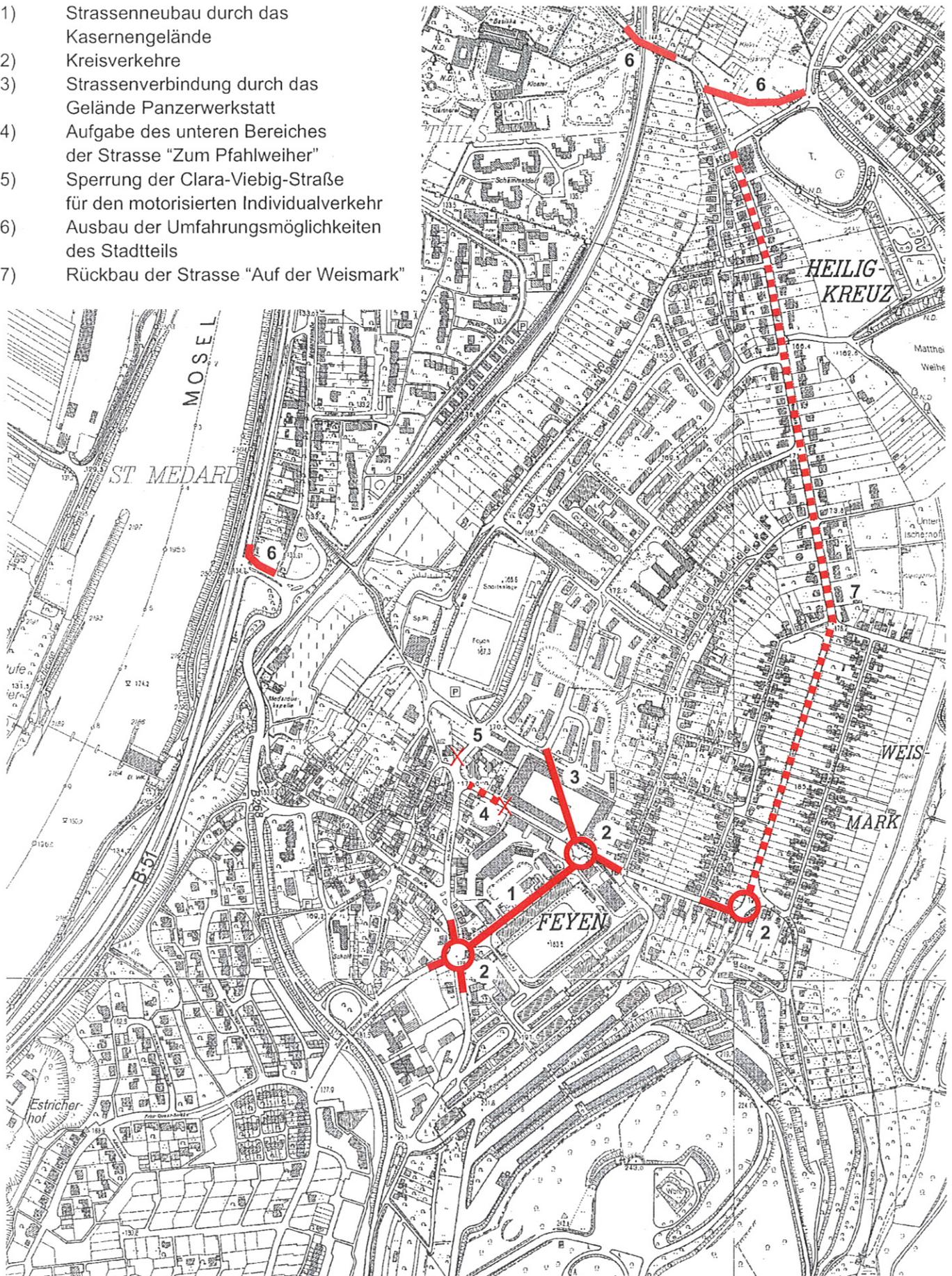
Ausbau des Fuß- und Radwegenetzes

Mit dem Ziel, den innerörtlichen motorisierten Verkehr zu reduzieren, muß das Fuß- und Radwegenetz verbessert werden. Besonders die Bereiche mit einer hohen Besucherfrequenz wie das geplante Ortszentrum, Economat, Grundschule am "Estricher Weg", geplantes Gymnasium im Kasernengelände, umliegende Naherholungsgebiete, Südbad etc. sollten durch ein eigenes Wegenetz angeschlossen werden, wo möglich unabhängig und getrennt vom Straßenverkehr.

3.2.4 Fußgänger- und Radverkehr

3.2.5 Themenschwerpunkte der Arbeitsgruppe Verkehr

- 1) Strassenneubau durch das Kasernengelände
- 2) Kreisverkehre
- 3) Strassenverbindung durch das Gelände Panzerwerkstatt
- 4) Aufgabe des unteren Bereiches der Strasse "Zum Pfahlweiher"
- 5) Sperrung der Clara-Viebig-Straße für den motorisierten Individualverkehr
- 6) Ausbau der Umfahrungsmöglichkeiten des Stadtteils
- 7) Rückbau der Strasse "Auf der Weismark"

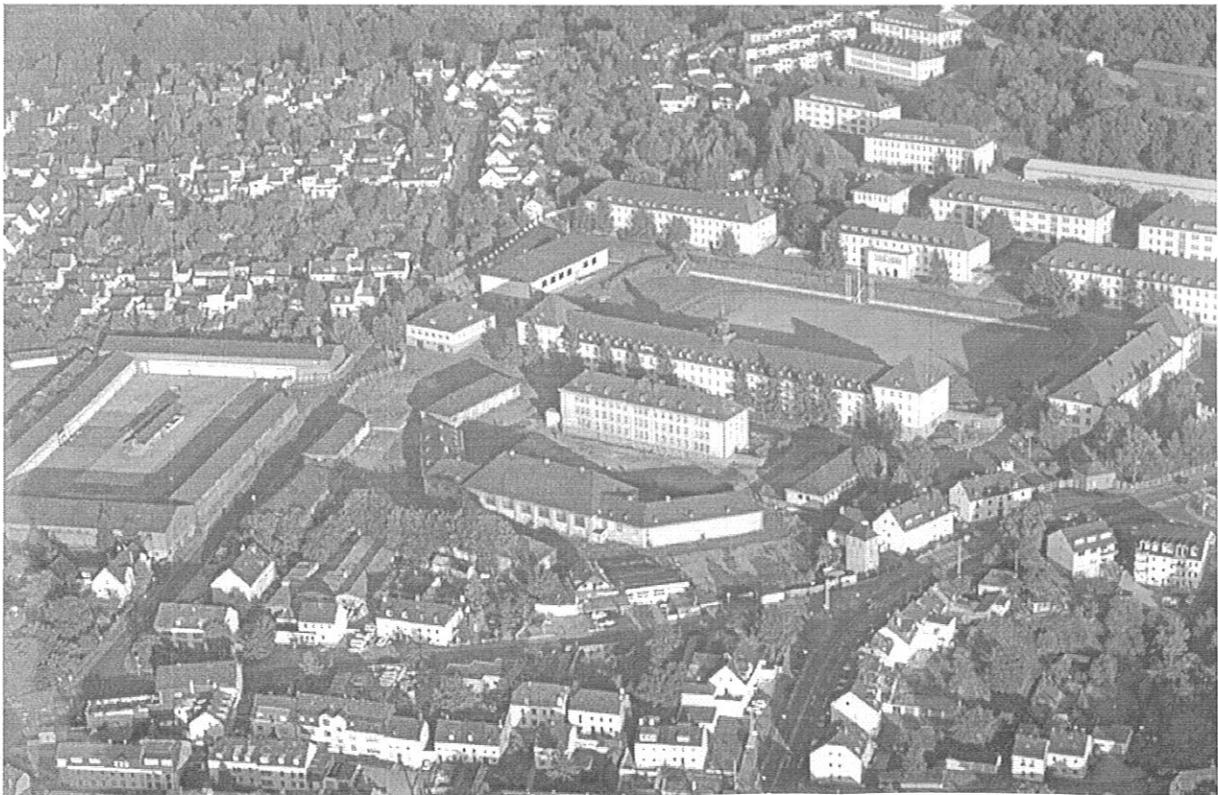


3.3 Arbeitsgruppe Soziales

3.3.1 Stadtteilzentrum

Errichtung eines Stadtteilzentrums

Die AG Soziales hält die Errichtung eines Stadtteilzentrums für unbedingt erforderlich, wenn es gelingen soll, die bisher nicht miteinander verbundenen Stadtteile Trier-Feyen und Trier-Weismark zu verbinden und das noch zu gestaltende Konversionsgebiet zu integrieren. Die Planung und Errichtung des Stadtteilzentrums sollte zügig erfolgen, parallel zur Erstellung der Straße durch das Konversionsgebiet, die von der Straße "Zum Römersprudel" zur Straße "Zum Pfahlweiher" führt. Es ist wichtig, das Stadtteilzentrum zügig umzusetzen, damit die Integration der Neubürger gute Voraussetzungen hat. Wir schlagen die Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs, evtl. auch unter möglichen Investoren, vor.



Standort für das zukünftige Stadtteilzentrum im Bereich der Kaserne Castelnau

Gewerbeflächen für Anlieger

Beachtet werden muß hier auch das Bestreben einiger Anlieger mit Gewerbe, sich in diesem Bereich etwas zu vergrößern.

Das Stadtteilzentrum soll in der Spitze des ehemaligen Kasernengeländes Castelnau, das durch die Straßen "Zum Pfahlweiher" und "Am Sandbach" sowie eine neu zu schaffende Verbindung durch das Kasernengelände im Bereich der Kasernentore zwischen der Straße "Zum Pfahlweiher" und der "Pellinger Straße" in der Höhe der Straße "Zum Römersprudel" begrenzt wird, seinen Platz finden.

Zur Gestaltung des Stadtteilzentrums bestehen folgende Vorschläge:

- Öffentliche Freifläche** Das Stadtteilzentrum soll aus einer öffentlichen Freifläche und einer bebauten Fläche bestehen.
- Begrünter Marktplatz** Die Gestaltung sollte der eines von Gebäuden umgebenen Marktplatzes entsprechen, der durch Bäume begrünt und mit einem Brunnen versehen wird, so daß er zum Verweilen einlädt. Bei einer Neubebauung im Bereich der ehemaligen Kaserne sollen die klimatischen Auswirkungen berücksichtigt werden. Insbesondere ist eine Behinderung der Kaltluftzufuhr für die Stadt durch eine Neubebauung zu vermeiden. Deshalb soll nur eine lockere Bebauung vorgesehen werden.
- Einrichtung eines Bürgerbüros** In den Gebäuden, die an den Platz angrenzen, soll ein Bürgerbüro eingerichtet werden. Vor allem geht es hier darum, den Bürgern einen Ort zur Verfügung zu stellen, an dem Begegnung, Informationsaustausch und die Organisation einer Angebots- und Nachfragestruktur im privaten Bereich möglich werden (gedacht ist hier an Dinge wie Babysitterbörse, Hilfen für ältere Menschen wie Fahrdienste und Vermittlung von ehrenamtlichen Helfern, Jobvermittlung für Jugendliche, Treffpunkt für Gruppen und für an der Entwicklung des Stadtteils Interessierte, Durchführung von Volkshochschulkursen etc).
- Ansiedlung einer Schule in der Nähe des Stadtteilzentrums** Als belebendes Element kann sich die AG Soziales die Ansiedlung einer Schule wie das geplante Gymnasium in Trägerschaft der ev. Kirche nahe beim Stadtteilzentrum vorstellen. Die Lehrer, Schüler und deren Eltern könnten das Angebot dort nutzen.
- Dezentrales, kommunales Dienstleistungsangebot** In diesem Stadtteilzentrum soll des weiteren ein dezentrales kommunales Dienstleistungsangebot zur Verfügung stehen, hier sind insbesondere zu nennen:
- Arzt/Ärzte, Apotheke, Filialen der Sparkasse und der Post, Kneipe, Internetcafé, Eisdielen o.ä. mit Möglichkeit zur Außenbestuhlung, Schreibwarenladen, kleine Geschäfte, eventuell die Möglichkeit für Verkauf aus Verkaufswagen mit Frischeprodukten.
- Erweiterung des Kindergartenangebotes** In Anbindung an das Stadtteilzentrum könnte nach Ansicht der AG Soziales die erforderliche Erweiterung der Kindergärten ihren Platz finden. Hier ist genügend Platz für großzügige Spielflächen vorhanden. Der noch zu findende Träger könnte unabhängig von vorgegebenen Strukturen ein Konzept für seinen pädagogischen Ansatz in der Arbeit mit Kindern entwickeln. Weiteres zu den Ansprüchen an Kindergärten im Stadtteil unter dem Punkt "Kinder".
- Errichtung eines Biergartens** Angelehnt an positive Erinnerungen an Mohrs Garten, besteht der Wunsch, einen Pächter zu suchen, der Interesse an der Errichtung ei-

nes Biergartens o.ä. in diesem Bereich hat. Gerade in den Sommermonaten könnte das Zentrum hierdurch besonders belebt werden und auch ein Anziehungspunkt für Bürger aus anderen Stadtteilen sein.

Weitere Dienstleistungsangebote außerhalb des Stadtteilzentrums

Neben der konzentrierten Einrichtung von Dienstleistungsangeboten im Bereich des neuen Stadtteilzentrums sollte es einen erweiterten Bereich mit den Eckpunkten bei der St. Valerius Kirche und dem Verbrauchermarkt im Bereich des Neubaugebiets Grafschaft geben. In diesem Bereich sollten weitere Dienstleistungen und zentrale Funktionen für den Stadtteil angesiedelt werden oder erhalten werden. Dies betrifft besonders den ehemaligen Economat.

3.3.2 Kinder

Ausbau der Kindergartenplätze ab dem nächsten Jahr

Die Vergrößerung des Kindergartens, die eventuell auch durch einen Anbau an den bestehenden Kindergarten in katholischer Trägerschaft erfolgen könnte, muß im nächsten Jahr begonnen werden, um den zuziehenden Kindern einen Kindergartenplatz zu garantieren. Gleiches gilt für die Lösung, zusätzliche Kindergartengruppen beim Stadtteilzentrum anzusiedeln.

Kindergartenausbau mit erweiterten Nutzungsmöglichkeiten

Wichtig erscheint es der AG Soziales - unabhängig vom endgültigen Standort - schon bei der Planung darauf zu achten, daß die Räume nach der Nutzung als Kindergarten auch für eine andere Nutzung geeignet sein werden. Wünschenswert wäre eine Hortgruppe für die Grundschul Kinder, die zwar bis 14.00 Uhr in der Grundschule betreut werden können, aber keine Möglichkeit zum Mittagessen haben. Weiterhin sollten hier auch Verhandlungen mit dem jetzigen Träger des Kindergartens Valerius geführt werden, inwiefern schon kurzfristig einige Grundschul Kinder bei Bedarf hier betreut werden könnten.

Keine neuen Jugendräume im Kindergarten St. Valerius

Der von verschiedener Seite vorgeschlagenen Erweiterung des Kindergartens Valerius um Jugendräume für ältere Jugendliche schließt sich die AG nicht an. Am jetzigen Standort gibt es heute schon so viele Auseinandersetzungen mit Anwohnern, daß dies keine Lösung für die Probleme der Jugendlichen bieten würde.

Da jedoch mit einem Zuzug von vielen Familien mit kleinen Kindern gerechnet wird, sollten die Räume, ob sie am Stadtteilzentrum oder am Kindergarten Valerius angesiedelt sein werden, so konzipiert sein, daß nach einigen Jahren, wenn der Bedarf an Kindergartenplätzen nicht mehr so groß sein wird, in diesem Gebäude die Möglichkeiten gegeben sind, um mit Kindern von 2 bis ca. 13 Jahren zu arbeiten.

**Verkehrsberuhigung im
Bereich Kindergarten
St. Valerius**

Im Zusammenhang mit dem eventuellen Kindergartenerweiterungsbau Valerius wird hier noch einmal auf die Notwendigkeit der Verkehrsberuhigung in diesem Bereich hingewiesen (siehe auch AG Verkehr). Nur so kann der Bereich um den Kindergarten für die Kinder verkehrssicher gestaltet werden. Wir fordern von der Stadt diesbezüglich Verhandlungen mit dem Investor.



"Clara-Viebig-Straße" mit Kindergarten St. Valerius

**Grünflächen im
Konversionsgebiet
erhalten und für Kinder
nutzbar machen**

Die Grünflächen im Konversionsgebiet sollen erhalten bleiben. Wünschenswert wäre hier auch Spielraum zur freien Gestaltung kleiner Bereiche durch die Kinder. Denkbar wäre auch eine Art Abenteuerspielplatz. Die Einbeziehung des Elements Wasser, z.B. in Form von Biotopen, böte Kindern neue Erfahrungsmöglichkeiten. Angelegte Hügel, Hangrutschen und möglichst viele Kletterbäume würden das Angebot abrunden.



Spielfläche im Bereich der französischen Wohnsiedlung

| | |
|---|---|
| Vorstellungen von Kindern bei der Gestaltung der Grünflächen mit berücksichtigen | Zumindest sollen Wünsche und Ideen von Kindern bei der Gestaltung der Grünflächen mit einbezogen werden, wie es von seiten der Stadt und des Kinderbüros vor einigen Jahren auf der Grafschaft in der Straße "Zum Römersprudel" an der Buswendeplatte durchgeführt wurde. Sehr bedauerlich ist hier allerdings, daß bisher keine Arbeiten ausgeführt wurden und die Fläche brach liegt. |
| Instandsetzung des Spielplatzes am Mattheiser Weiher | Im Bereich Weismark steht den Kindern mit dem Mattheiser Weiher ein großes Spielgebiet zur Verfügung. Der Kinderspielplatz für die Kleinen muß instandgesetzt werden, da einige Spielgeräte funktionsuntüchtig sind. |
| Grillhütte im Mattheiser Wald | Das Freiwerden des Mattheiser Waldes ermöglicht größeren Kindern die Ausweitung ihres Aktionsradius'. Eine Grillhütte im Wald, die von Kindergärten, Schule und Jugendgruppen zu nutzen wäre, brächte weitere neue Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung. |

3.3.3 Jugendliche

| | |
|---|---|
| Angebote für Jugendliche dringend erforderlich | Besonders dringend notwendig ist die Suche nach Angeboten für Jugendliche im Stadtteil Feyen-Weismark. In der Vergangenheit gab es bereits gravierende Probleme mit Jugendlichen, die Polizeieinsätze notwendig machten. Jugendliche, die nicht an Gruppenstunden im Pfarrjugendzentrum teilnehmen wollen, haben keinen eigenen Platz/Raum, um sich zu treffen. Die ehrenamtlichen Helfer im Pfarrjugendzentrum sind auch nicht in der Lage, sich um diese teilweise schwierigen Jugendlichen zu kümmern. Da der Zuzug vor allem von Familien ansteht und die vielen Kinder, die z.B. im Neubaugebiet wohnen, in den kommenden Jahren zu Jugendlichen werden, ist eine Zuspitzung der Probleme schon jetzt vorauszusehen, wenn keine Möglichkeiten für jugendspezifische Aktivitäten geschaffen werden. |
|---|---|

| | |
|---|--|
| Pfarrjugendheim vorrangig für Jugendliche nutzen | An dieser Stelle ist noch einmal darauf hinzuweisen, daß das Pfarrjugendheim vorrangig als solches zu nutzen ist und nicht in erster Linie für die Nutzung durch Vereine gebaut wurde. |
|---|--|

Bereits zu Beginn der Treffen der AG legten Jugendliche Skater aus dem Stadtteil ihre Probleme und Vorschläge für eine mögliche Lösung der AG Soziales vor. Sie schilderten folgende Situation: Das Skaten war nur auf dem Vorplatz des Edeka Marktes möglich, Konflikte mit den Anwohnern waren die Folge. Die Jugendlichen hatten angesichts des immensen freiwerdenden Raums in der ehemaligen Kaserne die Idee, daß dort ihr Sport durchführbar sein müßte. Pläne zur Nutzung sowie Prospekte zur Ausstattung wurden mitgeliefert. Hier wäre z.B. die Möglichkeit, Jugendarbeit konkret mit der Instandsetzung der Halle sinnvoll zu verbinden.

**Skaterhalle in der Kaserne
Castelnau**

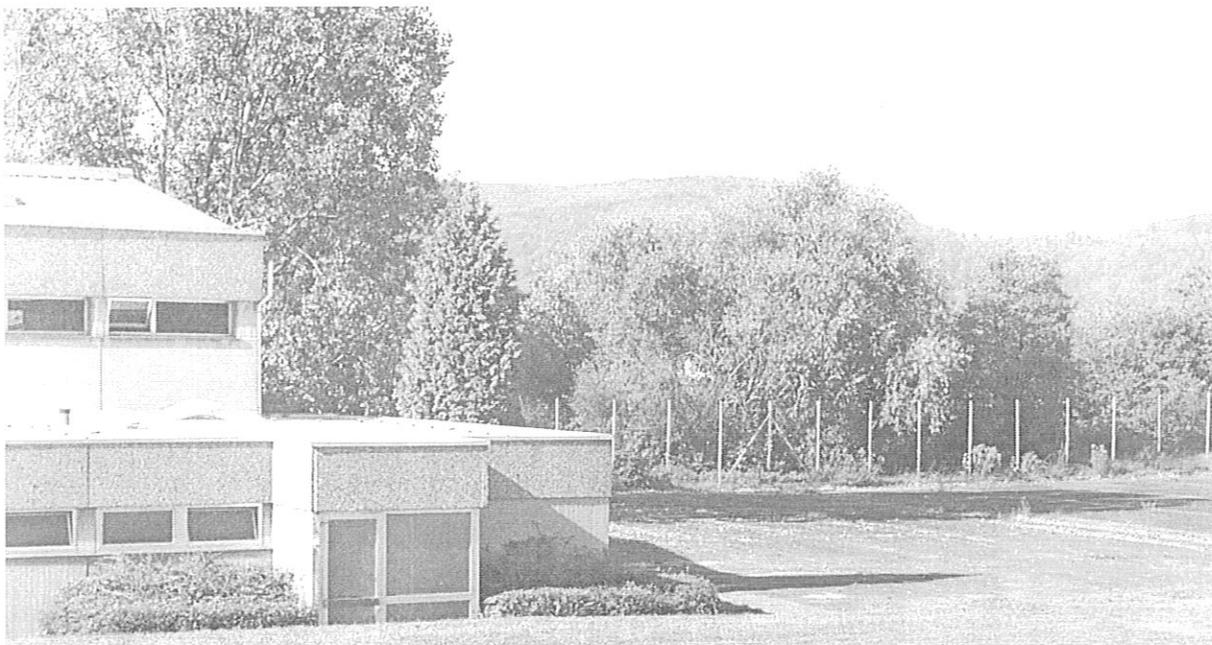
Gemeinsam mit Jugendlichen, dem Jugendpfleger Herrn Gleim und interessierten Unternehmern im Bereich "Skating" wurde die Idee entwickelt, daß die Stadt dem Unternehmen eine Halle im Gebiet der ehemaligen Kaserne Castelnau zur Verfügung stellt, die dann als Skaterhalle von dem Unternehmen betrieben wird. Im Ausgleich zur Verfügungstellung der Halle durch die Stadt könnte sich das Unternehmen dazu verpflichten, trotz kommerzieller Nutzung, günstige nicht-alkoholische Getränke auszuschenken und auch den Jugendlichen einen Treffpunkt zu bieten, die nicht skaten, sondern Musik hören wollen, etc. Denkbar wäre auch die Durchführung von Discos. Hier ist darauf zu achten, daß eine Halle gefunden wird, die nicht zu nah an die Wohnbebauung angrenzt, um vorprogrammierten Ärger zu vermeiden.

**Kurz- und langfristige
Nutzungskonzepte
parallel erstellen**

Leider steht einer solchen kurzfristigen Nutzung einzelner Gebäude die Überlegung der Stadt entgegen, zuerst ein umfassendes Nutzungskonzept für das Kasernengelände zu erstellen. Wichtig erscheint uns hier die parallele Entwicklung eines kurzfristigen und eines längerfristigen Nutzungskonzepts, damit die Gebäude nicht für lange Zeit ungenutzt bleiben.

**Instandsetzung des
Platzes neben der
Sporthalle Feyen**

Alternativ dazu fordert die AG Soziales die Instandsetzung des Platzes neben der Sporthalle Feyen, so daß zumindest in den wärmeren Monaten dieser Platz für Sportarten wie Skaten genutzt werden kann.



Sporthalle Feyen mit Nebenfläche

**Sozialpädagogische
Betreuung der
Jugendarbeit**

Für die AG stellt sich die Frage, ob diese Maßnahme ausreichend ist, um die Probleme in den Griff zu bekommen. Sozialpädagogische Betreuung der Jugendarbeit scheint notwendig zu sein.

- Jugendarbeit der Vereine** Es liegt ein Angebot des MGV Feyen vor, einen Jugendchor zu gründen, der weltliche Musik im Repertoire hat und dadurch Jugendlichen ein weiteres Angebot zu machen. Hier soll auch neben der reinen Chorarbeit ein größeres Angebot an Freizeitaktivitäten, z.B. Fahrten etc. gemacht werden. Aktivitäten der Vereine zur Jugendarbeit wie diese werden grundsätzlich von der AG begrüßt.
- 3.3.4 Schule und Sport**
- Grundschulerweiterung muß Sicherheit des Schulweges und das Zusammenwachsen des Stadtteils mit berücksichtigen** Die AGs Soziales und Konversion weisen darauf hin, daß es anscheinend noch keine Lösungskonzepte der Stadt für den Grundschulbereich gibt. Die Schule wird nach dem Zuzug aller Neubürger eventuell dreizügig weitergeführt werden müssen. Eine Aufstockung der Räumlichkeiten durch Pavillons wäre dann wohl die Lösung. Dies wäre jedoch ein unbefriedigendes Provisorium. Bei einer Lösung "unter einem Dach" müßten ein gefahrloser Schulweg und das Zusammenwachsen des Stadtteils berücksichtigt werden.
- Ganztagsgymnasium** Die Ansiedlung des Ev. Ganztagsgymnasiums wird wie unter Punkt 1 erwähnt, von der AG Soziales begrüßt.
- Erhalt und Wartung der Sportanlagen** Absolut notwendig sind der Erhalt und die Instandsetzung/Wartung der Sporthalle sowie der Sportplätze. Dringend notwendig ist auch die Pflege des Geländes und der Halle durch einen Sportplatz- und Hallenwart.
- Wie unter Punkt 3 erwähnt, ist dringend die Instandsetzung des Platzes rechts neben der Sporthalle erforderlich, damit dieser Platz genutzt werden kann. Hier könnte auch eine Halfpipe für Skater installiert werden, wenn keine Halle auf dem Kasernengelände zur Nutzung freigegeben wird.
- Ausbau des Sporthallenvorplatzes** Ebenso wichtig erscheint die Instandsetzung, Räumung und Nutzbarmachung des Vorplatzes zur Sporthalle, den man in den Wintermonaten nur mit Gummistiefeln überqueren kann. Hier wären dem Stadtteil Möglichkeiten für größere Feiern gegeben.
- Erhalt des Sportplatzes im Kasernenbereich** Der Sportplatz im Kasernengelände soll erhalten bleiben. So könnte die schwierige Belegungssituation des Feyener Sportplatzes entschärft werden.
- 3.3.5 Südblick**
- Sanierung der Wohnungen unter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner** Besondere Beachtung muß dem sogenannten "Südblick" geschenkt werden. Die Häuser befinden sich in einem schlechten baulichen Zustand und müssen dringend saniert werden. Die AG Soziales fordert hier, daß die Bewohner nicht in andere Stadtteile umgesiedelt werden. Die Sanierung der Wohnungen und die Verbesserung des Wohnumfeldes

sollte mit den Bewohnerinnen und Bewohnern gemeinsam vorgenommen werden. Auf jeden Fall muß das Interesse der Bewohner bei der Umsetzung des Gesamtkonzepts berücksichtigt werden.

3.3.6 Kasino

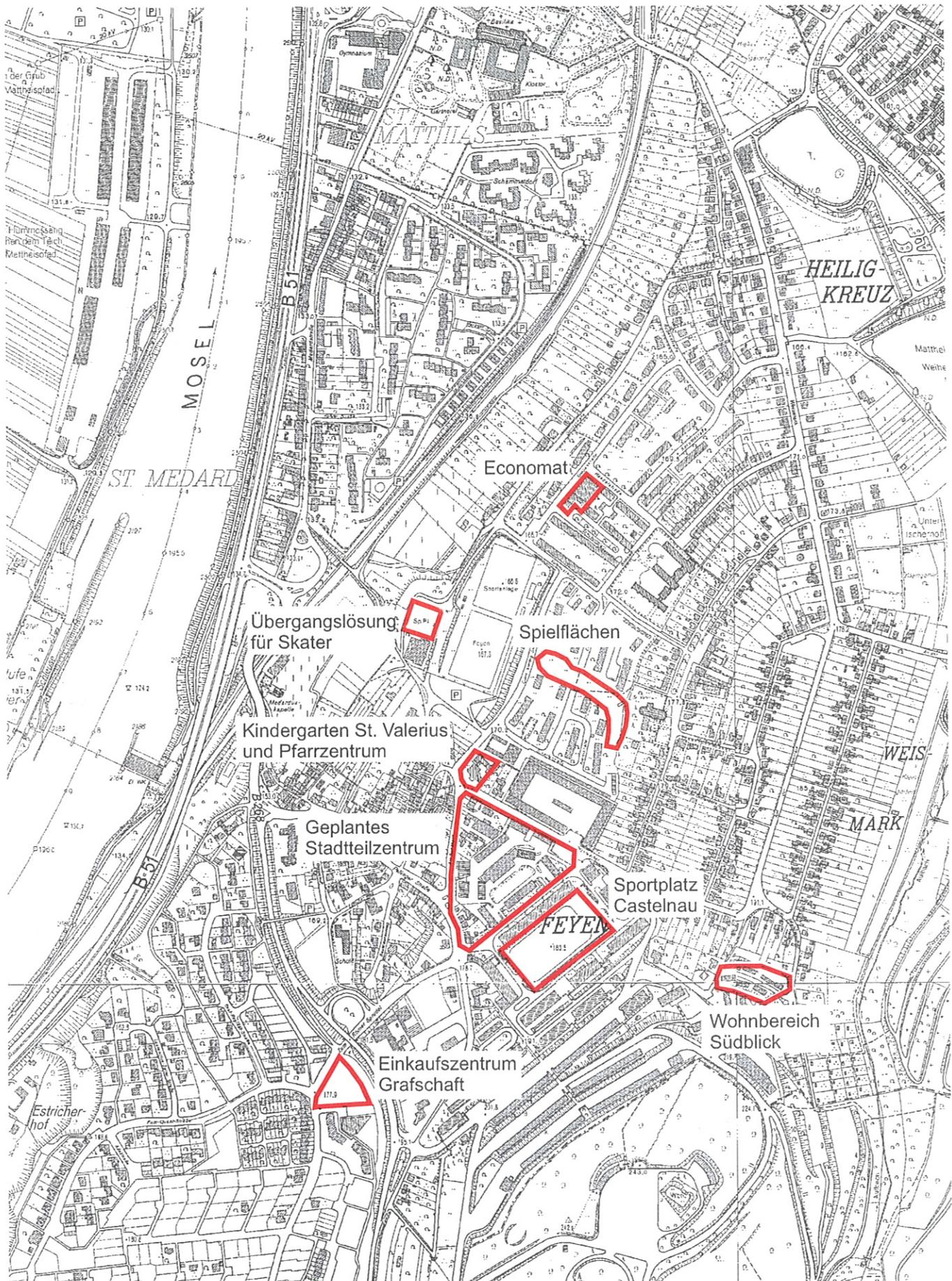
Gastronomische Nutzung des Kasinos

Das jetzige Kasino muß erhalten bleiben. Von seiner Anlage und seiner Lage her eignet es sich vorzüglich als großes Speiserestaurant, das im Stadtteil bisher in dieser Form vermißt wird.



ehemaliges französisches Kasino an der "Pelling Straße"

3.3.7 Themenschwerpunkte der Arbeitsgruppe Soziales



4 PRIORITÄTEN EINES GESAMTKONZEPTEES ZUR ENTWICKLUNG DES STADTTILES AUS SICHT DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER

| | |
|--|--|
| <p>Hauptziel: Das Zusammenwachsen der verschiedenen Bereiche des Stadtteils zu einem familienfreund- lichen und lebendigen Wohngebiet</p> | <p>In diesem Bürgergutachten haben die Arbeitsgruppen Konversion, Verkehr und Soziales Vorschläge erarbeitet, die Chancen für das Zusammenwachsen der Gebiete Weismark, Feyen und der Grafschaft bieten. Hauptziel war es, mit Konzepten für ein Zusammenwachsen der Bereiche ein familienfreundliches und lebendiges Wohngebiet im südlichen Höhenstadtteil zu schaffen. Bestehende Defizite sollten ausgeglichen werden und zusätzliche Belastungen der umliegenden Gebiete verhindert werden. Die Diskussionen in vielen Arbeitsgruppensitzungen dienten dazu, Vorschläge zum Wohle des gesamten Stadtteils zu entwickeln. Einseitige Interessen wurden dabei nicht verfolgt, aber berechnete Interessen einzelner Anlieger und Straßenzüge nicht hinter die Vorteile für die gesamte Entwicklung zurückgestellt. Die Vorstellung der Zwischenergebnisse der Arbeitsgruppen zeigten mit ihrer breiten Zustimmung seitens der anwesenden Bevölkerung, dass die Suche nach einem vertretbaren umsetzbaren Konsens offensichtlich erfolgreich war.</p> |
| <p>Zeitliche Prioritäten</p> | <p>Da aber nicht alle Maßnahmen zum gleichen Zeitpunkt umgesetzt werden können, auch wenn die politischen Entscheidungsgremien den gemachten Bürgervorschlägen in vollem Umfang zustimmen würden, sollen zusammenfassend wichtige Ergebnisse in Form einer Prioritätenliste genannt werden. Dabei handelt es sich um zeitliche Prioritäten, die im Gesamtzusammenhang der formulierten Zielsetzung zu sehen sind. Andere wichtige inhaltliche Ergebnisse werden hierdurch nicht in ihrer Bedeutung abgeschwächt. Einige Ergebnisse, die ohne großen Kostenaufwand zu realisieren sind, aber gleichwohl wichtig für die Realisierung der anderen Ziele sind, könnten so baldmöglichst umgesetzt werden.</p> <p>Aus Sicht der beteiligten Bürgerinnen und Bürger bietet sich die Chance für einen grundlegenden Wandel dieses bisher unzusammenhängenden südlichen Höhenstadtteils. Dabei ist es von zentraler Bedeutung:</p> |
| <p>Straßenneubau durch Kasernengelände</p> | <ul style="list-style-type: none"> • zur Erschließung des unteren Teiles des Kasernengeländes Castelnau für ein Stadtteilzentrum soll die Straße in Verlängerung "Zum Römersprudel" durch das Kasernengelände bis "Zum Pfahlweiher" geführt werden; |
| <p>Verkehrslenkende Maßnahmen</p> | <ul style="list-style-type: none"> • parallel hierzu müssen die verkehrlenkenden Maßnahmen erfolgen, die eine Zunahme des Durchgangsverkehrs verhindern (vgl. S. 17ff); |
| <p>Erschließung der französischen Wohnsiedlung</p> | <ul style="list-style-type: none"> • das ehemalige französische Wohngebiet soll durch Verlängerung des Durchstichs zur "Scheffelstraße" und damit zur "Clara-Viebig-Straße" erschlossen werden und parallel die Durchfahrt Am Sandbach zur |

- Clara-Viebig-Straße am Kindergarten und Pfarrjugendzentrum vorbei geschlossen werden;
- Stadtteilzentrum**

 - im unteren Kasernenbereich soll ein Stadtteilzentrum entstehen und so für die nicht verbundenen Teilgebiete eine Zentrumsfunktion geschaffen werden (vgl. S. 13 ff.);
 - Familienfreundlicher Ausbau der franz. Wohnsiedlung**

 - das ehemalige französische Wohngebiet soll als familienfreundliches, attraktives Wohngebiet das Zusammenwachsen der Stadtteile Feyen und Weismark ermöglichen (vgl. S.9 ff.);
 - Verkehrlenkungsmaßnahmen**

 - eine höhere Verkehrsbelastung durch die Neuerschließung der Konversionsflächen soll verhindert werden, indem der innerörtliche Verkehr und der Durchgangsverkehr durch verkehrstechnische Maßnahmen entsprechend der Vorschläge der Arbeitsgruppe Verkehr gelenkt wird (bspw. eine bessere Gestaltung der Umfahrungsmöglichkeiten, vgl. S. 16ff);
 - Erweiterung des Kindergartenangebotes**

 - eine Erweiterung des Kindergartenangebotes muß mit dem bereits beginnenden Neubezug der Wohnungen im ehemaligen französischen Wohngebiet erfolgen;
 - Offene Jugendarbeit**

 - Angebote für die Jugendarbeit mit einem offenen Angebot im Pfarrjugendheim und der kurzfristigen Einrichtung einer Skaterhalle in der Kaserne Castelnau müssen geschaffen werden;
 - Durchbindung der Linie 3**

 - eine durchgehende Buslinie Grafschaft - Weismark muß ebenfalls geschaffen werden.
 - Umsetzung der Maßnahmen schon vor Erstellung eines Gesamtkonzeptes für das Kasernenareal**

Trotz der Notwendigkeit eines Gesamtkonzeptes für das große Kasernenareal, das sich widersprechende Nutzungen mit Blick auf die gewünschte Stadtteilzentrumsfunktion verhindert, sollte mit den in diesem Bürgergutachten als unumstritten und prioritär genannten Vorschlägen unmittelbar nach Vorlage dieses Bürgergutachtens begonnen werden. Seitens vieler beteiligter Bürgerinnen und Bürger besteht Interesse diesen Prozess weiter zu begleiten. Hierfür sind Formen zu finden.

BILDQUELLENNACHWEIS

| | |
|----------|---|
| Seite 1 | Blick auf Feyen-Weismark mit Kaserne Castelnau Foto: W. Bosl |
| Seite 9 | Blick auf die französische Wohnsiedlung Foto: W. Bosl |
| Seite 10 | Grünfläche zwischen den Wohnblocks in der französische Wohnsiedlung |
| Seite 11 | ehemalige französische Schule „Ecole maternelle“ Foto: B. Steinmetz |
| Seite 11 | ehemaliges französisches Einkaufszentrum „Economat“ |
| Seite 12 | Blick auf Mattheiser Wald |
| Seite 17 | Einmündung B 268 „Pellinger Straße“ in B 51 |
| Seite 18 | Kreuzungsbereich „Auf der Weismark“ und „Arnulfstraße“ |
| Seite 19 | alte „Pellinger Straße“ im Bereich Alt-Feyen |
| Seite 20 | Mögliche Verbindung zwischen „Zum Römersprudel“ und „Zum Pfahlweiher“ |
| Seite 21 | breit ausgebaute Straße „Auf der Weismark“ |
| Seite 24 | Standort für das zukünftige Stadtteilzentrum im Bereich Kaserne Castelnau Foto: St. Wolf |
| Seite 27 | „Clara-Viebig-Straße“ mit Kindergarten St. Valerius |
| Seite 27 | Spielfläche im Bereich französische Wohnsiedlung |
| Seite 29 | Sporthalle Feyen mit Nebenfläche |
| Seite 31 | ehemaliges französisches Kasino an der „Pellinger Straße“ übrige Fotos: T. Loosen-Bach |

D

ABSCHLIESSENDE
BEMERKUNGEN AUS SICHT
DES MODERATORS



DOKUMENTATION
DER BÜRGERBETEILIGUNG
ZUM STADTTEILRAHMENPLAN
FEYEN-WEISMARK

ABSCHLIESSENDE
BEMERKUNGEN AUS SICHT
DES MODERATORS

Oktober 1999

ABSCHLIEßENDE BEMERKUNGEN AUS DER SICHT DES MODERATORS

Skepsis gegenüber Verwaltung abgebaut

Feyen-Weismark ist nach Ruwer-Eitelsbach der zweite Stadtteil, für den im Rahmen der Stadtteilrahmenplanung ein Bürgergutachten erstellt wurde. Im Hinblick auf das nunmehr abgeschlossene Verfahren ist aus der Sicht des Moderators festzustellen, daß sich die im Falle von Ruwer-Eitelsbach in der Verwaltung da und dort zu beobachtende Skepsis gegenüber dem Verfahren der Bürgerbeteiligung deutlich abgebaut hat. Zwar konnte aus nachvollziehbaren Gründen auch bei der Bürgerbeteiligung Feyen-Weismark nicht jedem Wunsch nach Information, der aus den Arbeitsgruppen kam, seitens der Ämter sofort entsprochen werden, doch wird das Ersuchen um Information von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung mittlerweile wohl als ein selbstverständliches Element der Bürgerbeteiligung angesehen. Zu dieser Entwicklung hat sicherlich beigetragen, daß im Amt für Stadtentwicklung und Statistik die Betreuung der Arbeitsgruppen einerseits und die Verbindung zu den Ämtern andererseits durch die Einrichtung einer entsprechenden, bislang freilich befristeten, Personalstelle verstetigt werden konnte. Im Falle von Ruwer-Eitelsbach hatte sich gezeigt, wie wichtig eine kontinuierliche organisatorisch-technische Begleitung der Arbeitsgruppen ist.

Ganztägiger Workshop und Präsentation der Zwischenergebnisse im Stadtteil vorteilhaft

Von Anfang an waren die Arbeitsgruppen im Rahmen der Bürgerbeteiligung Feyen-Weismark bemüht, sich nicht nur über ihre Vorstellungen auszutauschen, sondern auch zu einer Abstimmung der von ihnen erarbeiteten Vorschläge zu gelangen. Als vorteilhaft hat sich in diesem Zusammenhang ein ganztägiger Workshop erwiesen, an dem Mitglieder aller drei Gruppen sowie Vertreter der Verwaltung teilnahmen. Günstig auf das Verfahren wirkte sich auch eine öffentliche Veranstaltung für die Bürger des Stadtteils aus, auf der die Arbeitsgruppen ihre Zwischenergebnisse zur Diskussion stellten.

Parallelität von politischen Entscheidungsprozessen und Bürgerbeteiligung birgt Gefahr der Demotivation

Das schon in Ruwer-Eitelsbach sichtbar gewordene strukturelle Problem, daß parallel zur Erstellung eines Bürgergutachtens im Ortsbeirat und im Stadtrat einschlägige Themen diskutiert und auch Beschlüsse gefaßt werden bzw. gefaßt werden müssen, stellte sich im Falle der Bürgerbeteiligung Feyen-Weismark mit besonderer Schärfe. Angesichts des Handlungsdrucks der Stadt mußten schon vor Beginn der Bürgerbeteiligung Überlegungen zur Gestaltung der französischen Siedlung angestellt werden. Während der Bürgerbeteiligung wurden Verhandlungen mit möglichen Investoren geführt, wobei einem Investor schließlich der Zuschlag erteilt wurde. Eine solche Parallelität von politischem Entscheidungsprozeß und Bürgerbeteiligung birgt notwendigerweise die Gefahr in sich, die beteiligten Bürger zu demotivieren und bei ihnen den Gedanken aufkommen zu lassen, sie seien lediglich dazu aufgerufen, sich auf einer kommunalpolitischen Spielwiese zu betätigen.

Im vorliegenden Fall wurde die durchaus bestehende Gefahr der Demotivierung freilich aufgefangen durch die Entschiedenheit, mit der die Arbeitsgruppen, und hier insbesondere die Gruppe "Konversion", darauf drangen, in die laufenden Gespräche einbezogen zu werden und Gelegenheit zu erhalten, ihre Vorstellungen vorzutragen. Die Reaktion auf die Gleichzeitigkeit von politischen Entscheidungen und Bürgerbeteiligung hätte bei einer anderen personellen Konstellation freilich auch ganz anders aussehen können.

**Frühzeitige Information
über Planungskonzepte
und Entscheidungen**

Es ist deshalb an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß das Verfahren der Bürgerbeteiligung längerfristig nur Resonanz finden kann, wenn es gelingt, die Bürger zu Beginn des Verfahrens über die Grundzüge bereits angestellter Überlegungen zu informieren und sie während des Verfahrens über die Entwicklung dieser Überlegungen und über zu treffende und getroffene Entscheidungen auf dem laufenden zu halten. Vieles spricht für die These, daß enttäuschtes Engagement von Bürgern sich noch ungünstiger auf das Gemeinwesen auswirkt als fehlendes Engagement.